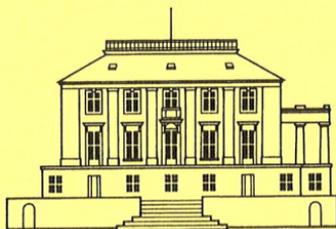


Walther Rathenau

Das Wiesbadener Abkommen

Rede am 9. November 1921

Mit einem einführenden Kommentar
von
Ursula Mader



AKADEMISCHE VERLAGSANSTALT

Walther Rathenau
Das Wiesbadener Abkommen

Rede am 9. November 1921

**FreieWALTHER-RATHENAU-STIFT
GEMEINNÜTZIGE GMBH
BAD FREIENWALDE**

Freienwalder Hefte 6

**Herausgegeben von
Martin Sabrow und Reinhard Schmook**

Walther Rathenau

Das Wiesbadener Abkommen

Rede am 9. November 1921

Mit einem einführenden Kommentar

von

Ursula Mader



Akademische Verlagsanstalt 2003

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung des Brandenburgischen
Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Bibliographische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

© Akademische Verlagsanstalt GmbH, Leipzig
Satz und Gestaltung: KrossProductions, Leipzig
Druck: APRESYS GmbH, Leipzig
ISBN 3-931982-30-0
ISSN 1438-0277

Editorial

Freienwalde. Märkischer Badeort im Nordosten, eine Fahrstunde hinter Berlin. Ein verwaistes Hohenzollernschlößchen, zu Beginn des 20. Jahrhunderts von Walther Rathenau aufgekauft und als Sommersitz hergerichtet, Mittelpunkt der Einsamkeit eines deutschen Großbürgers, der seine Zeit als Industrieller nutzte, als Essayist inspirierte, als Staatsmann prägte – und als Jude für ihre nationalistische Überheblichkeit verachten lernte. Schloß Freienwalde, liebevoll in der frühklassizistischen Strenge seiner Erbauungszeit restauriert – stummer Protest gegen den Kulturverfall im Wilhelminischen Kaiserreich und schöpferisches Tusculum eines zeitkritischen Künders von „Kommenden Dingen“, wie Rathenau die bekannteste seiner hier entstandenen Arbeiten nannte. Nach seinem gewaltsamen Tod 1922 erst ein dürftig finanzierte Museum, später Hort nationalsozialistischer Geselligkeit, noch später erst geplündert und dann in ein Alexander Puschkin gewidmetes Kulturhaus umgewandelt. Heute abermals Rathenau-Gedenkstätte, rasch wachsendes Archiv und Ort einer ständigen Ausstellung „Walther Rathenau in Schloß Freienwalde“.

Alljährlich erinnert die 1991 wiederbegründete Walther-Rathenau-Stift GGmbH mit verschiedenen Veranstaltungen in Schloß Freienwalde an Walther Rathenau, der als Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Epoche (Ernst Schulin) den besonderen deutschen Weg in die Moderne zwischen Kultur und Barbarei wie nur wenige andere verkörperte. Auch um die anlässlich der Rathenau-Tage im Schloß stattfindenden Vorträge einem breiteren Publikum zugänglich zu machen, wurden die „Freienwalder Hefte“ begründet. Sie sind als ein Publikationsforum der intellektuellen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gedacht, das in lockerer Folge einzelne Facetten unseres Bildes von Rathenau und seiner Umbruchsepoche näher beleuchten soll.

Martin Sabrow

Reinhard Schmook

Ursula Mader

Das „Wiesbadener Abkommen“

**Ein einführender Kommentar zur Rede Walther Rathenaus
am 9. November 1921**

Das Wiesbadener Abkommen war ein deutsch-französisches Übereinkommen zur Wiedergutmachung von Kriegsschäden aus dem Ersten Weltkrieg. Es ist das wichtigste Ergebnis der ersten Ministertätigkeit Walther Rathenaus, der vom 18. Mai bis 22. Oktober 1921 das Amt des Reichsministers für Wiederaufbau bekleidete und am 9. November in Abwehr heftiger Anfeindungen mit seiner großen Rede ein politisches Resümee zog.

Das Reichsministerium für Wiederaufbau (November 1919 – Mai 1924), für Aufgaben in Verbindung mit dem Vertrag von Versailles zuständig, diente nicht nur dem Aufbau der im Ersten Weltkrieg zerstörten Gebiete in Frankreich und Belgien; sondern trug generell zur finanziellen und materiellen Überwindung von Verlusten und Kriegsschäden der alliierten Sieger bei. Das im Kriege unterlegene Deutsche Reich war mit dem Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 zur „Wiedergutmachung“ verpflichtet und hatte demzufolge „Reparationen“ zu leisten. In Verhandlungen mit dem französischen Wiederaufbauminister Louis Loucheur erreichte Rathenau im Sommer 1921 eine entsprechende Übereinkunft, die am 6. und 8. Oktober 1921 als „Wiesbadener Abkommen“ zum Abschluss gebracht wurde. In der Öffentlichkeit aber, zumal bei Deutschnationalen, die auf eine militärische Revanche bedacht waren, stieß der Vertrag auf Gegnerschaft¹, und dies zwang Rathenau, obwohl bereits vom Ministeramt zurückgetreten, vor dem „Reparationsausschuss“ im Reichswirtschaftsrat seine Politik nochmals zu verteidigen. Die Rede lässt Rückschlüsse auf die zurückliegende Tätigkeit und auf die Verhandlungs-

1 „Die Hetze gegen Sachlieferungen. – Rathenau gegen Quaat“, in: „Vorwärts“, Berlin, 6. November 1921.

prinzipien des Ministers zu, kennzeichnet aber auch Schwierigkeiten und Umfang des Reparationsproblems. Zudem ergeben sich bei näherer Betrachtung der Umstände, die zum Wiesbadener Abkommen geführt haben, nicht nur Einsichten in die politischen Grundsätze und Ziele Rathenaus, sondern auch in europäische Nachkriegsprobleme jener Zeit überhaupt.

Für das Deutsche Reich war die Reparationsfrage von den Maßnahmen der Siegermächte abhängig. In diesem Zusammenhang hatte die Alliierte Reparationskommission mit dem Sitz in Paris die Aufgabe, die deutsche Reparationsschuld zu ermitteln, die Höhe der deutschen Zahlungsverpflichtungen festzulegen, einen Zahlungsplan aufzustellen, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen und die eingehenden Reparationszahlungen zu verwalten und zu verteilen. Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Belgien und Jugoslawien waren durch je ein Mitglied in dieser Kommission vertreten.² Da die Reparationskommission am 10. November 1921 in Berlin erwartet wurde, ist Rathenaus Rede am 9. November auch unter diesem Aspekt zu werten; denn das Wiesbadener Abkommen stand in Beziehung zu ultimativen Forderungen der Alliierten.

Nach mehreren Beratungen seit 1919 hatte nämlich der Oberste Rat der Alliierten während seiner zweiten Londoner Konferenz (28. April - 5. Mai 1921) die Gesamtsumme der vom Deutschen Reich zu erbringenden Reparationen festgesetzt: 132 Milliarden Goldmark, zahlbar in 37 Jahresraten, plus 26 Prozent Abgabe auf den Export. Aus Protest gegen dieses Verlangen war die von Zentrum, DVP und DDP³ getragene deutsche Reichsregierung unter Konstantin Fehrenbach (Zentrum) am 4. Mai 1921 zurückgetreten. Am 5. Mai forderten die Alliierten mit ihrem „Londoner Ultimatum“ das Deutsche Reich auf, alle Bedingungen anzuerkennen. Bei Ablehnung kündigten sie die militärische Besetzung des Ruhrgebietes und einschneidende finanzielle Maßnahmen an. Dem Deutschen Reich drohten von nun an bei Nichterfüllung der ultimativen Forderungen vernichtende alliierte Sanktionen.

Die am 10. Mai 1921 konstituierte Reichsregierung der „Weimarer Koalition“ (Zentrum, SPD und DDP) unter Joseph Wirth entschied sich

2 Die USA als Nichtunterzeichner des Versailler Vertrages waren durch zwei inoffizielle Beobachter ohne Stimmrecht vertreten.

3 Deutsche Volkspartei und Deutsche Demokratische Partei.

für die Annahme des Ultimatums und konzentrierte ihre Anstrengungen auf das Feld der Wirtschaftspolitik, um einen Teil der in Goldmark verlangten Zahlungen in Sachlieferungen (Rohstoffe, Fertigprodukte und andere Sachwerte) umzuwandeln. Unter diesen Vorzeichen trat Rathenau (DDP) am 18. Mai in das Kabinett Wirth ein, nachdem er zuvor seine Wirtschaftsfunktionen, zumal als Präsident der AEG, niedergelegt hatte. „Wir müssen Wege suchen, uns mit der Welt wieder zusammenzubringen“, sagte er am 2. Juni 1921 im Deutschen Reichstag und erklärte, seinen „Aufgabenkreis so unpolitisch zu behandeln wie möglich, vielmehr privatwirtschaftlich und industriell“.⁴

Rathenau machte sich damit die „Erfüllungspolitik“ der Regierung Wirth zu eigen, obwohl er die praktische Unerfüllbarkeit der Reparationsforderungen erkannt hatte. „Wir alle haben uns damals gefragt, wie ist es möglich, von einem Volk zu verlangen, dass es 132 Milliarden als Kriegsentschädigung hingibt, mehr als die Hälfte seines ganzen Vermögens, eine Zahlungsleistung in Geld, das dieses Land nicht besitzt? Ist es möglich, dass jemals Vernunft über den Erdball kommt und den Irrsinn dieser Gedanken zerstört? Wie lange wird es dauern, werden Jahre oder werden Jahrzehnte vergehen bis zu dem Augenblick, wo die Erde einsieht, dass es unmöglich ist, diese Forderungen zu erfüllen, auch wenn Deutschland noch so gutwillig sich der Konvention der Historie fügt, die besagt, dass der Besiegte zahlt.“⁵ Trotz solcher Einsichten hatte er sich dennoch der Aufgabe verschrieben, den Reparationsforderungen soweit als möglich nachzukommen, um so den Erhalt des Deutschen Reiches zu wahren. Jedoch verfolgte er zugleich die Absicht, die Unerfüllbarkeit des Ultimatums nachzuweisen, und suchte über außenpolitische Verhandlungen einen Ansatz für eine Gesamtlösung der europäischen Nachkriegsprobleme zu finden.

Der neuernannte Minister verfügte über mehr als dreißigjährige Erfahrungen auf wirtschaftlichem Gebiet. Er war als Industrieller und Bankier tätig gewesen, hatte Funktionen in zahlreichen Aufsichtsräten⁶ aus-

4 Rathenau, Gesammelte Reden, Berlin 1924, S. 200.

5 Stuttgarter Reden. Reden des Reichskanzlers Dr. Wirth und des Reichsministers Dr. Rathenau anlässlich des Besuchs bei der Württembergischen Staatsregierung am 9. Juni 1922 (Stuttgart 1922).

6 Nach Aufstellung seines Sekretärs Hugo Geitner bekleidete Rathenau im Laufe seiner Tätigkeit etwa einhundert Aufsichtsratsstellen, 1913/14 die höchste Anzahl gleichzeitig (BA Berlin, RMI, 25244, Bl. 273).

geübt und seit 1915 als Präsident der AEG gewirkt. Seit Beginn des Krieges hatte er von Mitte August 1914 bis Ende März 1915 im Preußischen Kriegsministerium die Rohstoffversorgung für die Kriegswirtschaft des Deutschen Reiches organisiert, und dies machte ihn in den Augen Wirths zum geeigneten Mann: „Der Gedanke, eine organisatorische Kraft zu gewinnen, die im Kriege in Organisationsformen sich bewährt hat, war das Leitmotiv, diesen Mann für die Reichsregierung zu gewinnen“.⁷

Um den harten Bedingungen des Londoner Ultimatums entsprechen zu können, strebte die Regierung eine nationale Organisation zur Stärkung der Wirtschaftskraft des Deutschen Reiches an. Eine solche Absicht ließ der Reichswirtschaftsminister, Robert Schmidt (SPD), am 9. Juni 1921 vor dem Reichswirtschaftsrat erkennen. Er forderte staatliche Beteiligungen an volkswirtschaftlichen Realwerten in der Form, dass ein Teil des Aktienbesitzes der Industrie in staatliche Hände übergehe. Rathenau Vorschläge hingegen setzten auf Produktivitätssteigerung und hielten sich strikt an den eigentlichen Zweck, eine Umwandlung von Geldleistungen in Sachleistungen durchzusetzen. Sie waren unter diesem Aspekt auf eine eigenverantwortliche, doch staatlich geordnete Wirtschaftspolitik konzentriert. Aber in seiner Rede am 9. November 1921 distanzierte sich Rathenau dann unzweideutig von dem Versuch einer zentralen staatlichen Wirtschaftsorganisation zur Steigerung der Produktion.

Die Einrichtung eines Reichswirtschaftsrates war bereits in der Reichsverfassung von 1919 (Artikel 165) vorgesehen, und am 4. Mai 1920 wurde dieser Rat als „Vorläufiger Reichswirtschaftsrat“ durch Verordnung der Reichsregierung unter Gustav Bauer (SPD) installiert. Er sollte später eine möglichst starke Basis in den Gewerkschaften und unter der mittelständischen Unternehmerschaft erhalten. Paritätisch zusammengesetzt aus Vertretern des Großbürgertums⁸ und der Gewerkschaften, erfasste er über dreihundert Mitglieder. Rathenau gehörte dem Gremium seit 1920 an und war dort mehrfach hervorgetreten. Der Zweck des Reichswirtschaftsrates bestand darin, wirtschaftspolitische Fragen und Aufgaben der Reichsregierung zu beraten oder zu begutachten. Seine Tätigkeit vollzog sich in

7 Joseph Wirth, Reden während der Kanzlerschaft, Berlin 1925.

8 Zu seinen Mitgliedern zählten Industrielle wie Robert Bosch, Carl Duisberg, Hugo Stinnes, Carl Friedrich v. Siemens, Walter Kraemer von Reichsverband der Deutschen Industrie, Georg Bernhard, Chefredakteur der Vossischen Zeitung, aber auch Politiker wie Konrad Adenauer, Wilhelm Külz, Hans Luther, Wilhelm Cuno.

Ausschüssen und Unterausschüssen.⁹ Am 10. Juni 1921 beschlossen der Wirtschaftspolitische, der Sozialpolitische und der Finanzpolitische Ausschuss des „Vorläufigen Reichswirtschaftsrates“ gemeinsam die Gründung eines Reparationsausschusses zur Beratung von Fragen und Problemen im Gefolge des Londoner Ultimatums. Dieser Ausschuss zählte 54 Mitglieder und war ebenfalls paritätisch zusammengesetzt.¹⁰

Am 16. Juni 1921 sprach Rathenau auf der ersten Sitzung des Reparationsausschusses. Er betonte den Zusammenhang zwischen dem außenpolitischen Ziel, geforderte Barleistungen in Sachleistungen umzuwandeln, mit dem innenpolitischen Ziel einer Konzentration der Wirtschaft. Sein Appell richtete sich an die Mitglieder des Ausschusses, die Reparationspolitik der Regierung zu unterstützen: „Gelingt es uns, die Lösung zu finden und die außerordentlichen Lasten des Ultimatums für uns einigermaßen tragbar zu machen, dass wir sie in Sach- und Arbeitsleistungen verwandeln, so liegt aber nicht mehr allein eine Wirtschaftsaufgabe der Konkurrenzialwirtschaft vor, sondern dann liegt zum ersten Male eine Aufgabe einer großen Nationalwirtschaft vor, und diese Aufgabe kann dann gelöst werden, wenn die Kreise, die Sie vertreten, meine Herren, wenn Sie selbst entschlossen sind, im nationalen Sinn energisch daran mitzuarbeiten.“¹¹

Die Einwirkung auf den Reparationsausschuss gewann für den Minister große Bedeutung, und er nutzte dieses Gremium zur Erläuterung seiner Reparationspolitik, nachdem er am 12. und 13. Juni 1921 erste Verhandlungen mit dem französischen Wiederaufbauminister Loucheur, der ebenfalls Industrieller und Wirtschaftsfachmann war, aufgenommen hatte. Ihm kam entgegen, dass die französische Regierung unter Aristide Briand im Frühsommer 1921 Verständigungsbereitschaft im Hinblick auf die Art der deutschen Reparationen zeigte. Auswirkungen einer Krise in der Weltwirtschaft und die katastrophale Lage der Kriegsgeschädigten drängten sie, nach gangbaren Wegen zum Wiederaufbau des Landes zu suchen. Auf der Grundlage der beiderseitigen Regierungspolitik und nach Vorbereitung wie Mitwirkung durch die zuständigen Ministerien verhandelten die beiden Minister in Wiesbaden. „Wir saßen allein in einem Zim-

9 Vgl. Harry Hauschild, Reichswirtschaftsrat 1920 – 1926. Denkschrift, Berlin 1926; Adolf Kolb, Der Reichswirtschaftsrat, seine Entwicklung und künftige Gestaltung, Trier 1927,

10 Hauschild, S. 597.

11 Bundesarchiv (BA) Berlin, R 401/611, Bl. 133.

mer einander gegenüber wie zwei Geschäftsleute, auch der Dolmetscher, den ein hiesiges Blatt mir zugesellt hatte, um mich zu schützen, ist nicht zugegen gewesen“, berichtete Rathenau am 16. Juni vor dem Reparationsausschuss über diese Begegnung. Er beschrieb den französischen Kontrahenten als einen Mann, „der allerdings genau weiß, wie groß und wie weit seine Rechte sind, die sein Land uns gegenüber besitzt, und der nicht die Absicht hat, von diesen Rechten irgend etwas aufzugeben“. ¹²

Dass die Rechte der Sieger auf dem Versailler Vertrag beruhten und dieser die Folge des militärisch verlorenen Weltkrieges darstellte, gab Rathenau wiederholt zu bedenken, wenn er auf die Pflicht zur Wiedergutmachung verwies, so auch am 27. Juli 1921 vor dem Reparationsausschuss: „Wir dürfen niemals vergessen, dass die Leistungen, zu denen wir uns verpflichten, nicht freiwillige Leistungen des Einzelnen sind, sondern Leistungen, die aus einem schweren Friedensdiktat herrühren, dass jede dieser Leistungen aus den Einkünften des Deutschen Reiches gezahlt wird, die es von seinen Steuerzahlern empfängt. Wir haben also nicht das Recht, diese Aufträge als privatwirtschaftliche zu betrachten, sondern wir haben den Gedanken anzuerkennen, dass eine Leistung, die von der Allgemeinheit bezahlt wird, auch von der Allgemeinheit getragen werden muss.“ ¹³

Es galt nun, in erster Linie die deutschen Industriellen verantwortlich in die Reparationen einzubeziehen, wobei sich deren Interessenlage wegen der einschneidenden Versailler Bestimmungen für die Schwerindustrie und der damit eingeführten Zwangsbewirtschaftung des deutschen Kohlenexports äußerst differenziert darstellte. Eine allgemeine nationale Wirtschaftsaktion war deshalb von industrieller Seite nicht ohne weiteres zu erwarten. So wandte sich Rathenau am 27. September 1921 sehr nachdrücklich mit einer großen Rede an die unter dem Thema „Die Wiedergutmachung“ in München versammelten Mitglieder des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Er betonte die Möglichkeiten industriellen Wachstums: „Industrie bedeutet Steigerung der menschlichen Leistungen zum Zwecke des ökonomischen Wirkens. Dieses Gebiet ist ein unerschöpfliches. Eine theoretische Grenze für die Leistungsfähigkeit menschlicher Arbeit und wirtschaftlichen Wirkens gibt es nicht.“ ¹⁴

12 Ebenda, Bl. 131f.

13 BA Berlin, R 401/608, Bl. 261.

14 Die deutsche Industrie und die Wiedergutmachungsfrage. Bericht über die dritte Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (München, 27. - 29. September 1921), Berlin 1921, S. 12.

Der Minister setzte darauf, dass auf der Grundlage erbrachter deutscher Lieferungen an Frankreich und Belgien die Reparationsverpflichtungen gemildert sowie auf dem Wege von internationalen Abkommen schließlich revidiert werden könnten. „Denn“, so sagte er den in München Versammelten, „die restlose Erfüllung dessen, was der Vertrag von Versailles und das Ultimatum von London verlangen, würde die Weltwirtschaft noch tiefer schädigen als uns. Die Weltwirtschaft wird eines Tages das non possumus¹⁵ aussprechen, und diesen Moment werden wir erleben.“¹⁶

Die Erde als untrennbare Wirtschaftsgemeinschaft betrachtend, setzte Rathenau einer deutschnational abenteuerlichen „Katastrophenpolitik“ schärfste Gegnerschaft entgegen. Nicht die Provozierung der Siegermächte, sondern das Streben nach Wiederaufbau der zerrütteten europäischen Wirtschaft bestimmten sein Handeln zur Erfüllung der Versailler Vertragsbestimmungen. Hatte er als Publizist und „sozialkritischer Schriftsteller“ (Schulin) vor dem Weltkrieg warnend den unzureichenden Zustand deutscher militärischer Rüstung kritisiert und dann doch mit Kriegsbeginn die zentrale staatliche Organisation von Kriegsrohstoffen erfolgreich eingeleitet, unterbreitete er bereits nach diesen Erfahrungen noch während des Krieges erste Prinzipien für eine deutsche, zentralstaatlich organisierte Friedenswirtschaft, um schließlich das dementsprechende Modell einer „Neuen Wirtschaft“ (1918) vorzustellen. Von dieser Grundlage aus entwickelte er bei Entstehung der Weimarer Republik mit dem Entwurf einer „Autonomen Wirtschaft“ (1919) die Eigenverantwortlichkeit eines im Staatsganzen funktionierenden „Wirtschaftsstaates“, als den er nun den in Entwicklung begriffenen Reichswirtschaftsrat favorisierte. Auch dort gab er der „Doppelheit“ seiner beiden Berufe als Wirtschaftsorganisator und Schriftsteller beredten Ausdruck. Aber von deutschnational orientierter Seite wurden seine wirtschaftsorganisatorischen Bestrebungen ebenso wie seine Verhandlungen um europäische Übereinkünfte¹⁷ heftig angegriffen.

Schließlich, im September 1921, hoffte Rathenau auf Verständnis und Unterstützung durch den Reichsverband der Deutschen Industrie, der dem Reichskanzler mit dem Plan eines Industriekredits an das Reich eine ei-

15 Wir können nicht.

16 Die deutsche Industrie und die Wiedergutmachungsfrage, S. 14.

17 Die USA, die am 25. August 1921 in Berlin den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag unterzeichnet hatten, hielten sich aus der europäischen Reparationspolitik noch weitgehend heraus.

gene Variante zur Erfüllung der geforderten Reparationen unterbreitete und eine „Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe“ vorsah. Rathenaus Plan aber führte weiter und erforderte nicht allein Geldwerte, sondern eine nationale wirtschaftliche Leistungssteigerung. Zudem stand sein Bestreben um wirtschaftliche Verständigungen in Europa im Gegensatz zu den von französischen Konservativen unter Führung von Raymond Poincaré vertretenen Auffassungen, die nach einer Fortsetzung des Krieges mit politischen Mitteln verlangten und das alte Kriegsziel der Rheingrenze anstrebten. Auf diesen französisch-deutschen Gegensatz anspielend, wandte sich Rathenau an die in München versammelten Industriellen: „Über die Bedeutung der wirtschaftlichen Aufgaben vor Ihnen zu sprechen, heißt Eulen nach Athen tragen. Aber ich möchte Sie erinnern an einen kleinen Vorgang, der in einem großen Augenblick stattgefunden hat, vor ziemlich genau 113 Jahren. Am 2. Oktober 1808 fand eine Besprechung der beiden größten Menschen ihrer Zeit, nämlich Napoleons und Goethes, in Erfurt statt. Die beiden Männer sprachen über Dramatik. Es war die Rede von Schicksalsdramen, die damals aufgekommen waren, und Napoleon sagte: ‚Was will man immer vom Schicksal? Politik ist das Schicksal!‘ – Dieses große Wort ist hundert Jahre lang wahr geblieben, es ist in den letzten Jahren der Kriegsentscheidung auf seinen Gipfel gestiegen, und es lastet mit seiner ganzen Schwere auf uns. Aber, meine Herren, auch dieses Wort hat seine begrenzte Dauer. Es wird der Tag kommen, wo es sich wandelt und wo das Wort lautet: Die Wirtschaft ist das Schicksal. Schon in wenigen Jahren wird die Welt erkennen, dass die Politik nicht das Letzte entscheidet.“¹⁸

Es ist ersichtlich, dass Rathenau die Wechselwirkungen von Politik und Wirtschaft zugunsten einer wirtschaftlichen Lösung der Reparationsfrage nutzen wollte. Doch in München erzielte er keinen Durchbruch. Es zeichnete sich ab, dass er die Stütze durch eine „starke Erwerbsgruppe“, um die er sich bemühte, nicht erhalten würde. Statt dessen wurde die Forderung nach Privatisierung der Reichsbahn und anderen Staatseigentums ins Spiel gebracht. Rathenau setzte nun auf europäische wirtschaftliche Vereinbarungen, wie er sie mit der Regierung Frankreichs, des am meisten kriegszerstörten, aber militärisch noch hoch gerüsteten Landes, herbeizuführen suchte. In der Folgezeit bestimmte diese Reparationsfrage die weiteren Treffen zwischen Rathenau und Loucheur in Wiesbaden. Das

18 Die deutsche Industrie und die Wiedergutmachung, S. 20.

dort am 6. und 8. Oktober 1921 für die Dauer von vier Jahren und über Sachlieferungen im Wert von ca. sieben Milliarden Goldmark unterzeichnete Protokoll bedeutete ein weitgehendes Zugeständnis an die französische Seite. Es entlastete aber Deutschland für den genannten Zeitraum von Devisenzahlungen an Frankreich. Doch auch dort stieß das Abkommen auf spezielle Vorbehalte, weil sowohl die finanziellen Maximalansprüche Frankreichs als auch „die Reparationsfrage als ‚Handhabe‘ zur Wiederaufnahme der Politik der Rheingrenze entwertet“ würden.¹⁹

Andererseits kamen Proteste gegen das Wiesbadener Abkommen, das indes noch vom Reichstag zu ratifizieren war, auch von solchen Vertretern deutschen Kapitals, die sich 1921 angesichts einer Krise in der Weltwirtschaft von einer zeitweiligen Konjunktur in Deutschland beeindruckt ließen und ohne Rücksicht auf die staatliche Notsituation ihren Sonderinteressen nachgingen. Rathenau hingegen erkannte – wie es in seiner Rede am 9. November deutlich wird – die zeitliche Begrenztheit dieser Konjunktur und die Gefahren einer fortschreitenden Inflation, während sich Hugo Stinnes, Vertreter der von den Versailler Vertragsbestimmungen hoch belasteten rheinischen Schwerindustrie, rigoros gegen die Ergebnisse von Wiesbaden wandte.²⁰

Rathenau sah in dem Protokoll von Wiesbaden „die Perspektive für künftig mögliche Abwicklungen“ und hob hervor: „Es ist nicht ein rein kaufmännisches Geschäft, sondern es ist ein politisches Geschäft der Abwicklung, und es muss betrachtet werden als ein Glied in einer großen kommenden Kette. Hier handelt es sich darum, für die Zukunft den Weg zu ebnen, der uns aus unserer entsetzlichen Lage herausführt. Hier handelt es sich darum, den Weg zu finden, der auch noch mit weiteren Nationen zum Ausgleich mit Sachwerten führt.“²¹ Ausdrücklich erwähnte er neben der Entente auch Exportvereinbarungen mit Russland.

Die Rede am 9. November lässt sich historisch dann erschließen, wenn man die politischen Vorgänge des Jahres 1921 in die Betrachtung einbezieht. In Bezug auf das Wiesbadener Abkommen sind das vor allem Ereignisse im Sommer jenes Jahres, in dem sich deutschnational und „völkisch“ gesteuerte Aktionen verstärkt gegen die Erfüllungspolitik der

19 Hugo Ferdinand Simon, *Reparation und Wiederaufbau*, Berlin 1925, S. 121.

20 Vgl. Ernst Schulin, *Walther Rathenau. Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit*, Göttingen/ Zürich ²1992, S. 115.

21 Vgl. den hier abgedruckten Redetext.

Reichsregierung wie gegen den Versailler Vertrag schlechthin richteten. In dieser Atmosphäre wurde am 26. August der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger, 1918 Mitglied der deutschen Waffenstillstandskommission und 1919 Befürworter des Vertrages von Versailles, von militanten Nationalisten ermordet. Als dann am 20. Oktober der Völkerbundsrat – entgegen den Versailler Vertragsbestimmungen und dem Abstimmungsergebnis in Schlesien – die Abtretung eines Teils von Oberschlesien mit wichtigen Bodenschätzen an die junge Republik Polen festlegte und einen baldigen Vollzug ankündigte, erhielten die nationalistischen Verbände weiteren Auftrieb. In Schlesien verbreiteten Freikorpsleute mit Hassgesängen eine antisemitische Hetze gegen den „Erfüllungspolitiker“ und Juden Rathenau und drohten ihm und Reichskanzler Wirth die Ermordung an.

In der deutschen Öffentlichkeit wurde die vorgesehene und zu erzwingende Abtretung in Schlesien als alliierte Maßregelung aufgefasst. Einerseits waren Frankreichs Interessen an der Wirtschaft Polens bekannt, und man vermutete ein Komplott zwischen Rathenau und Loucheur im Hinblick auf Oberschlesien. Andererseits sah man in den separaten deutsch-französischen Verhandlungen eine Brückierung von Interessen Großbritanniens, dessen Vertreter Balfour in Genf der Abtretung zugestimmt hatte. Gerade in dieser Hinsicht wurde Rathenau die Schuld zugeschoben, und seine Rede am 9. November lässt Schlüsse auf die komplizierte Situation zu.

Aus Protest gegen die Völkerbundsentscheidung hatte die DDP am 20. Oktober ihre Minister aus dem Kabinett abberufen. Damit verlor Rathenau außer der fehlenden Stützung durch eine „starke Erwerbsgruppe“ auch noch die „Stütze durch eine starke Partei“, wie er am 9. November in der Beantwortung von Anfragen formulierte.²² Er fügte sich dem Parteibeschluss und trat in das am 26. Oktober 1921 ohne die DDP gebildete zweite Kabinett Wirth nicht ein. Aber die Prinzipien seiner vorhergegangenen Ministertätigkeit verteidigte Rathenau nun am 9. November im Reichswirtschaftsrat in der 19. Sitzung des Reparationsausschusses.

Der Ausschussvorsitzende, Hans Kraemer, Präsidiumsmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, hatte bereits im Juli 1919 eine Kommission geleitet, die an den wirtschaftlichen Verhandlungen zum Abschluss des Versailler Vertrages teilnahm und der auch Rathenau angehörte. Kraemer galt als Initiator der Kreditaktion der deutschen Indu-

22 Vgl. im vorliegenden Text die Stellungnahme Rathenaus zur Diskussion.

strie im September 1921 und hatte in München während der Rede Rathenaus den Vorsitz der RDI-Tagung geführt. Als Mitglied des Reichswirtschaftsrates leitete Kraemer dessen wirtschaftspolitischen Ausschuss und hatte die Gründung des Reparationsausschusses herbeigeführt. Er kannte das mit dem Versailler Vertrag verbundene Reparationsproblem sehr genau, und nicht von ungefähr wohnten der Tagung am 9. November auf Einladung Kraemers als bekannte Kontrahenten die Mitglieder des Kohlenausschusses und der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrates, Friedrich Edler von Braun, bei.

Kraemer kennzeichnete, die Sitzung einleitend, die mit dem Wiesbadener Abkommen eingetretene Situation: „In den letzten Wochen ist, namentlich aus Kreisen der Industrie, eine lebhafte Kritik an dem Abkommen laut geworden, nachdem ursprünglich, wie festgestellt werden muss, die Industrie keinen Widerspruch gegen die Absichten des Herrn Doktor Rathenau erhoben hatte, der, wie ich ebenfalls feststellen muss, die Industrie über seine Absichten dauernd auf dem Laufenden gehalten hat. Ich habe es für richtig gehalten, unserem Kollegen Herrn Doktor Rathenau, obwohl er nicht mehr dem Kabinett angehört, Gelegenheit zu geben, hier innerhalb des Reichswirtschaftsrates über das Wiesbadener Abkommen zu sprechen und vielleicht die Gründe darzulegen, die ihn gezwungen haben, in manchen Punkten von den ursprünglichen Absichten abzuweichen. Das Wiesbadener Abkommen, wie es Ihnen zugegangen ist, deckt sich nicht genau mit den ursprünglichen Absichten und Plänen; es weicht in einzelnen vielleicht nicht unwesentlichen Punkten davon ab.“²³

Kritik an Rathenaus Reparationspolitik kam auch aus den Reihen der Reichstagsfraktion der DVP, für die das Fraktionsmitglied Reinhold Quaat²⁴ bereits im Juli²⁵ Widerstand gegen Rathenaus Pläne kundgetan hatte. Nach dessen Rücktritt vom Ministeramt erhob er am 21. Oktober im Reichsministerium für Wiederaufbau scharfen Protest gegen das Wiesbadener Abkommen, das Deutschland kein Lieferungsrecht, sondern eine Lieferungspflicht auferlege und keine nennenswerte Entlastung der Reparationsleistungen verschaffe, weil die Sachleistungen zu teuer verkauft würden. Minister Rathenau habe sich von dem Abschluss des Abkom-

23 BA Berlin, R 401/613, Bl. 50f.

24 Geheimrat Dr. Reinhold Georg Quaat (1876 – 1953) war Syndikus der Handelskammer Essen-Mülheim-Oberhausen und Mitglied im konservativen „Juniklub“.

25 Reinhold Quaat, Pläne des Wiederaufbauministers Rathenau, in: Wirtschaftliche Nachrichten für den Ruhrbezirk, Juli 1921.

mens große Wirkungen versprochen, die aber ausgeblieben seien und sich auch in Zukunft nicht erfüllen dürften. Das Abkommen sei eine neue Belastung der deutschen Wirtschaft und daher verfehlt.²⁶ Quatz verschärfte in der Folgezeit seine Vorwürfe²⁷ und schrieb: „Der Urheber des Wiesbadener Abkommens kennt die Welt wie wenige. Umso trauriger ist es, wie furchtbar er sich in den politischen Folgen seines Vertrages getäuscht hat. Erhofft und erwartet hat er eine Entspannung der politischen Lage. Erreicht hat er eine völlige Zertrümmerung unserer – ach schon so schmalen und schwachen – politischen Position. Vergebens wurde er gewarnt, das, was wir an Aktion noch haben, unserm unerbittlichsten Gegner Frankreich in die Hand zu spielen. Musste das nicht unsere anderen Gläubiger, namentlich England, gegen uns aufbringen? Vergebens warnten auch ernste englische Stimmen. Das Ende jedenfalls war Oberschlesien.“²⁸

Am Tage vor der Rathenau-Rede im Reparationsausschuss hatte das britische Außenministerium am 8. November den Bericht seines Delegierten in der Alliierten Reparationskommission, Sir John Bradbury, über das Wiesbadener Abkommen veröffentlicht. Einem Pressebericht zufolge hatte Bradbury Bedenken geäußert, dass Deutschland zur Last von Versailles noch eine neue Last übernehme. Die Folgen des Abkommens könnten sein, dass durch Änderungen zu Gunsten Frankreichs eine Benachteiligung der anderen Alliierten einträte. Bradbury verlangte nach einer Bestimmung, die den anderen Alliierten ihren legitimen Anteil sichere, den ihnen Deutschland schuldete.²⁹ Vor allem aus dieser Situation heraus werden die Gründe erklärlich, die Rathenau in seiner Rede zur eingehenden Darstellung der Kontakte und Absprachen mit der britischen Seite bewogen haben mögen.

Die Haltung der deutschen Kritiker und Gegner³⁰ des Wiesbadener Abkommens kennzeichnete Georg Bernhard, Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“ und Mitglied des Reparationsausschusses im Anschluss an die Rede Rathenaus: „Ich habe aus der Kritik des Herrn Vorsitzenden des Reichswirtschaftsrates genau so wie aus der Kritik, die in der Presse

26 Bericht über den Beirat im Reichsministerium für Wiederaufbau am 21. Oktober 1921 in: Berliner Börsenzeitung v. 24. 10. 1921 (BA Berlin, R 3101/1458, Bl. 340).

27 S. auch: Rathenau, Wiesbaden und Herr Quatz, in: Vossische Zeitung, 16. Nov. 1921.

28 BA Berlin R 3101/14558, Bl. 351 (Quatz, Weser-Zeitung, Bremen, 21. Nov. 1921):

29 Ebenda, Bl. 354. (Deutsche Allgemeine Zeitung, 9. November 1921).

30 Die Mitglieder des Kohlenausschusses und der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrates hatten den Saal verlassen.

an dem Abkommen geübt worden ist, immer nur gesehen, dass es sich um Elemente handelt, die ganz grundsätzlich, auch wenn sie das Gegenteil sagen, der Auffassung sind, dass man sich den Luxus leisten kann, den Friedensvertrag von Versailles einfach beiseite zu schieben und nicht zu erfüllen.³¹

Die Rede Rathenaus währte neunzig Minuten, also volle anderthalb Stunden, in denen er gleichermaßen mit perfekter Sachkenntnis wie mit anschaulicher Rhetorik auf die Zuhörer wirkte. Alles in allem lässt diese Rede sowohl das gewaltige Ausmaß der geforderten Reparationen wie auch das schwierige Mühen um Lösungen erkennen. Generell aber wirft sie mit dem Grundproblem der Kriegsschäden und den finanziellen Folgen eines modernen Krieges die Frage nach wirtschaftlichen Lösungen internationaler Konflikte auf. Mit politischer Leidenschaft und sprachlicher Brillanz vertrat Rathenau, der sich sonst eher distanziert zu äußern pflegte, hier die Prinzipien seines politischen Handelns. Der Abdruck der hier erstmals ungekürzt publizierten Rede folgt dem vom amtlichen Stenographen festgehaltenen Wortlaut, der sich in maschinenschriftlichem Durchschlag in den Akten des Bundesarchivs befindet.³² Das Original des Stenogramms liegt in derselben Akte und wurde – offensichtlich von der Hand Rathenaus – zum Zwecke der Publikation redigiert³³. Die Fassung in den „Mitteilungen des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats“³⁴ hingegen beruht auf einer Redaktion, dank der der Redetext einen offiziellen, amtlichen Zuschnitt erhielt. Die sehr persönlichen, mitunter stark emotional geprägten Mitteilungen des Redners im Reparationsausschuss sind geglättet, Zwischenbemerkungen und Reaktionen der Zuhörer gestrichen worden. Ausgesprochen polemische Passagen, zumal in der Reaktion auf zeitgenössische Kritiker, wurden entfernt. Insgesamt hat somit die Rede durch die öffentlich gewordene Fassung ihre besondere persönliche Note verloren. Auszüge aus dieser Redefassung wurden auch in der Tagespresse veröffentlicht.³⁵

Im Deutschen Reichstag scheiterte die Ratifizierung des Wiesbadener Abkommens beim ersten Versuch am 17. November 1921. Andererseits unterzeichnete Rathenau, dann als deutscher Außenminister, während der

31 BA Berlin, R 3101/613, Bl. 88.

32 Ebenda, Bl. 52 – 85, maschinenschriftlicher Durchschlag des Originals.

33 Eintragungen mit Bleistift.

34 1. Jg., Nr. 46, 19. November 1921. S. 198 ff.

35 Vgl. Ernst Gottlieb, *Walther-Rathenau-Bibliographie*, Berlin 1929, S. 254.

europäischen Wirtschaftskonferenz in Genua am 16. April 1922 den deutsch-russischen Vertrag von Rapallo, der nicht nur die noch schwebenden Fragen aus der Zeit des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Russland – einschließlich einer Reparationsfrage – erledigte, sondern den wirtschaftlichen Bedürfnissen beider Länder entgegenkam. Als dann aber nach der am 17. Juni 1922 erfolgten Angliederung Ostoberschlesiens an Polen die Ratifizierungsdebatte über das Wiesbadener Abkommen im Deutschen Reichstag wieder aufgenommen wurde, griff der Abgeordnete Karl Helfferich (DNVP) am 19. Juni den Außenminister Rathenau denkbar scharf an. Rathenau fühlte sich von Helfferichs Attacke in solchem Maße herausgefordert, dass er im Reichstag öffentlich Stellung zu dem Vorwurf nahm, die Reichsregierung hege die Absicht, dem Ruhrgebiet und dem Saarland das gleiche Schicksal zufügen zu lassen wie Ostoberschlesien. Am 24. Juni 1922 wurde Walther Rathenau auf offener Straße in Berlin-Grunewald durch Mitglieder der militärischen Geheimorganisation „Consul“ mit Pistolenschüssen und Handgranaten niedergestreckt.³⁶

Das „Wiesbadener Abkommen“ mit Zusatzabkommen³⁷ ist dann durch Gesetz vom 29. Juni 1922 im Deutschen Reichstag beschlossen worden.³⁸ In Frankreich fand das Abkommen am 6. Juli 1922 die endgültige Zustimmung des Auswärtigen Ausschusses der französischen Kammer. Doch wenn später auch der Gang der Geschichte in eine andere Richtung wies, bleibt es Rathenaus historisches Verdienst, in politisch scheinbar auswegloser Situation einen „Weg der Vernunft“ für nationale Interessen deutscher Politik gebahnt zu haben.

36 Vgl. Martin Sabrow, Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution, Frankfurt a. M. 1999.

37 Einschließlich der Zusatzabkommen vom 13. März und und 4. Juni 1922 sowie der Vereinbarung der Deutschen Regierung mit der Reparationskommission vom 2. Juni 1922 über die Ausführung von Reparationsleistungen .

38 Reichsgesetzblatt, Teil II, Nr. 15, 14. Juli 1922.

Das Wiesbadener Abkommen

Rede Walther Rathenaus am 9. November 1921
im Reichswirtschaftsrat

(19. Sitzung des Reparationsausschusses unter Beteiligung
des Kohlenausschusses)

Meine Herren! Wie der Herr Vorsitzende schon gesagt hat, darf ich heute das Wort unter Ihnen nicht von einer politisch verantwortlichen Stelle aus ergreifen, sondern lediglich als Mitglied dieses Hauses. Ich bin Ihnen dankbar für die Gelegenheit, mich zum dritten Male vor Ihnen auszusprechen. Zweimal hatte ich die Ehre, vor Ihnen zu berichten. Ich begrüße es mit besonderem Danke, dass das Ministerium, dem ich bis vor kurzem angehörte, die Freundlichkeit gehabt hat, einige meiner bisherigen Kollegen hierher zu delegieren, die imstande sind, dasjenige, was ich Ihnen vorzutragen habe, zu berichten, zu ergänzen oder auch auf Fragen zu antworten.

Was die Öffentlichkeit der Verhandlung betrifft, so bin ich der Meinung, dass alles das, was ich Ihnen hier zu sagen habe, die Öffentlichkeit nicht zu scheuen hat. Es wird vielleicht etwas zu ausführlich sein, als dass es in extenso in die Presse gelangen könnte. Wir werden uns darüber späterhin schlüssig machen können. Zunächst bitte ich um die Erlaubnis, mit einigen grundsätzlichen Erwägungen anfangen zu dürfen.

Es gibt meiner Ansicht nach drei Möglichkeiten, sich dem Reparationsproblem in seiner Gesamtheit gegenüber zu stellen. Man kann entweder sagen: Ich lehne grundsätzlich jede Reparation ab und erkläre sie für unmöglich. Ich prüfe diesen Standpunkt nicht, möchte aber bemerken, dass ich noch niemals von einem Vertreter dieses Standpunktes gehört habe, welche positive Politik alsdann Deutschland verfolgen soll. Die Vertreter dieses Standpunktes haben sich bisher, soweit es mir wenigstens bekannt ist, ständig geweigert, ein positives Programm ihrer künftigen Politik zu geben. Ich könnte mir ein solches Programm, wenn ich es ihnen meinerseits ergänzen müsste, nur dahin deuten, dass es das Programm eines aus-

gesprochenen Widerstandes Deutschlands gegen die anderen Mächte darstellen soll. Ein solches Programm innerhalb unseres Kreises zu kritisieren, halte ich nicht für meine Aufgabe und bemerke nur, dass ich diesen Standpunkt nicht für einen wirtschaftlich und politisch zu vertretenden halte.

Die zweite Möglichkeit, sich dem Reparationsproblem gegenüber zu stellen, ist die, dass man sagt: Wir können nichts mehr leisten, komme, was da wolle; wir sind nicht in der Lage, irgend etwas Erhebliches zu tun, wir werden gewissermaßen die Stellung einer passiven Resistenz einnehmen. Auch hierin sehe ich sehr schwere politische Bedenken. Ich glaube nicht, dass die Möglichkeit einer passiven Resistenz für uns gegeben ist, oder, wenn ich mich deutlicher ausdrücken soll, ich sehe ganz genau, wenn eine solche passive Resistenz ausgeübt wird, die Konsequenz, die sie haben wird, und ich sehe sie auf politischem Gebiet als verderblich an, auf wirtschaftlichem Gebiet aber als derartig katastrophal, dass ich mich auch hierüber nicht weiter aussprechen möchte.

Die dritte Möglichkeit ist die, dass man sagt: Unsere Erfüllungsmöglichkeiten sind begrenzt, innerhalb dieser Erfüllungsmöglichkeiten und ihrer Begrenzung aber haben wir die Absicht, uns gegenüber den Mächten, mit denen wir nun einmal zu tun haben und die gegenwärtig politisch die Welt beherrschen, in ein Verhältnis der Erträglichkeit zu bringen. Diese Erfüllung innerhalb gewisser Grenzen erfordert eine praktische Mitarbeit. Sie kann nicht darin bestehen, dass man beständig sagt: Wir sind außerstande, irgend etwas zu tun, macht ihr uns Vorschläge, wir verhalten uns passiv –, sondern diese Möglichkeit verlangt, dass wir uns unsererseits ebenfalls darüber schlüssig machen, was wir leisten können, dass wir unsererseits Vorschläge bringen und auch tatsächlich bis an die Grenze derjenigen Möglichkeit gehen, die wir verantworten können im Interesse unserer Existenz und im Interesse der Erhaltung unserer gesamten Wirtschaft.

Die letzte Möglichkeit hat mich veranlasst, während der Zeit, in der ich der Politik angehörte, Wege zu suchen, die für die Zukunft eine Öffnung ins Freie gestatten. Ich gehe dabei davon aus, dass wir unter allen Umständen, wenn zehn Jahre vorüber sind, auf eine Periode von Reparationen zurückblicken werden. Ich halte es für absolut ausgeschlossen, dass durch irgendeine Stellungnahme unsererseits der Fall eintreten könnte, dass die Gegner sagen: Wir verzichten auf alles, wir werden die Schwierigkeiten, die in unseren eigenen Ländern liegen, hinnehmen, ohne uns in irgend einer Form an Deutschland weiter zu halten, ohne den Versuch zu

machen, von Deutschland noch etwas zu bekommen. Da ich das für ausgeschlossen halte, da ich davon überzeugt bin, dass wir ein gewisses Quantum von Reparationen geleistet haben werden, wenn eine Reihe von Jahren vorübergegangen ist, so bin ich der Meinung, dass die gutwillige Mitarbeit diejenige ist, die uns die Aufgabe am erträglichsten macht, und dass die negative Einstellung, die ich vorhin charakterisiert habe, lediglich dazu führt, dass Repressalien kommen, die dann ganz erheblich größere Reparationsleistungen aus uns extorquieren werden, als wir sie freiwillig zu leisten imstande sind. Ich klage hier ausdrücklich diejenigen an, die sich auf den negativen Standpunkt stellen und uns nicht den Beweis erbringen, dass dadurch die Leistung unseres Landes geschont wird. Ich verlange den Beweis, dass die Gegner für den Fall, dass wir anders vorgehen, nicht die Mittel haben, aus uns Leistungen zu extorquieren, die katastrophal für uns werden könnten. Ich erinnere dabei nur an die Tatsache, dass leider Gottes unser ganzes Kohlengebiet dicht an der Grenze liegt, dass somit die Möglichkeit gegeben ist, die Hand auf dieses Kohlengebiet zu legen und aus diesem Kohlengebiet, indem man uns unsere eigene Kohle gegen Valuta bezahlen lässt, so viel heraus zu holen, dass wir in eine außerordentlich schwere Kriegsentschädigung verfallen, die schwerer ist als diejenige, mit der wir irgendwie freiwillig entgegenkommen können. Ich verlange den Gegenbeweis von denen, die sich dauernd auf den Standpunkt stellen zu sagen: „Es ist nicht vaterländisch an der Reparation mitzuarbeiten“, den Beweis dafür, dass ihr Weg der sicherere ist, dass ihr Weg nicht viel mehr derjenige ist, der uns zu katastrophalen Verhältnissen führt, und ich stelle unter Beweis, dass dies der Fall ist, bis zu dem Augenblick, wo mir der Gegenbeweis erbracht ist, dass der entgegengesetzte Weg tatsächlich weniger gefährlich ist, als der, den wir zu beschreiten haben.

Dass wir uns hier nicht etwa in der Lage von freien Kontrahenten befinden, die mit ihren Nachbarn nach Gutdünken Geschäfte machen, sondern in der außerordentlich verzweifelten Lage sind, mit unseren Nachbarn solche Abkommen zu treffen, die unter allen Umständen immer nur von vielen Übeln das kleinere oder das kleinste sind, das verdanken wir nicht etwa unserer Ungeschicklichkeit, sondern das verdanken wir einem verlorenen Weltkriege. Das muss ein für allemal stabilisiert werden. Diejenigen, die immer wieder darauf hinweisen: „Seht einmal, in welcher Schweinerei wir uns befinden!“, tun nichts weiter, als dass sie die Frage der Schuld am Weltkrieg aufrollen. Auf diese Frage lasse ich mich persönlich nicht ein, aber ich charakterisiere die ganze Kritik, die von diesen

Vertretern der Partialkritik dauernd geübt wird, dahin, dass es nichts weiter ist als die Aufrollung der Schuldfrage. Wenn immer weiter auf diesem Gebiete gearbeitet wird, wenn immer wieder die verzweifelten Verhältnisse, in denen wir uns befinden, einzelnen Personen in die Schuhe zu schieben versucht wird, so bedeutet das nichts weiter, als die Heranholung einer ganz gewaltigen historischen Frage, die selbstverständlich nur geeignet ist, unser Land noch tiefer zu zerspalten, als es gegenwärtig zerspalten ist. Es ist ein schweres Unrecht, wenn man dauernd denjenigen, die an der Arbeit sind, die Schuld derjenigen aufhalsst, die schließlich die Verhältnisse herbeigeführt haben, in denen wir leben. Ich weiß, dass darüber die Auffassungen sehr verschieden sind. Ich weiß aber eins, dass die Aufrollung solcher Fragen die Schwierigkeiten im Lande verdoppelt und verdreifacht. Wir können solche Spaltung im Lande nicht mehr ertragen. Ich halte es also für ein schweres Unrecht, immer den bequemen Standpunkt zu wählen und zu sagen: „Seht mal, ist das ein Geschäft!“ – und damit gewissermaßen zu fingieren, dass diejenigen, die an der Arbeit sind, uns die Verhältnisse in Deutschland ruinieren. Das ist eben nicht der Fall, sondern der Grund ist lediglich die Tatsache, dass wir einen Weltkrieg verloren haben und dass wir das Beste aus der nun geschaffenen, uns oktroyierten Situation zu machen haben.

Ich werde nun und nimmer diese Verschiebung der Fragestellung zulassen, werde nun und nimmer zulassen, dass diejenigen, die heute die Verantwortung für den verzweifelten Zustand tragen, in dem wir uns befinden, auch noch die Verantwortung für den Verlust des Weltkrieges tragen sollen, an dem sie nicht beteiligt gewesen sind. Ich lehne diese Verantwortung glattweg ab. Ferner die Verantwortung für eine Verwechslung zwischen Versailles und Wiesbaden – denn darum dreht sich hier alles. Versailles billige ich durchaus nicht. Ich habe zu denjenigen gehört, die erklärt haben: Versailles soll nicht angenommen werden. Nachdem es aber einmal angenommen ist, handelt es sich darum, die verzweifelte Situation von Versailles zu verbessern. Und da beklage ich es aufs tiefste, dass niemand in Deutschland, wenn er nicht amtlich gezwungen ist, sich mit dem Verträge von Versailles genügend befasst hat. Der Vertrag von Versailles ist schlechterdings in Deutschland nicht bekannt. („Sehr richtig!“) Das sehen Sie immer wieder aus der Tatsache, dass dem Wiesbader Abkommen Vorwürfe gemacht werden, die lediglich Vorwürfe gegen Versailles sind. Ich bitte Sie, meine Herren, in den prominenten Positionen, in denen Sie sich befinden, sorgen Sie dafür, dass dieser unglückli-

che Vertrag von Versailles dem Volke bekannt wird und die Politik der Unehrllichkeit aufhört, die darin besteht, dass man den Vertrag von Versailles uns in die Schuhe schiebt, die wir ihn nicht abgeschlossen haben, die wir versuchen, ihn zu verbessern.

Ich komme jetzt zu der Frage der Reparationsmöglichkeiten. In unserer Situation, in der wir Verpflichtungen übernommen haben, die theoretisch weit über die Erfüllungsmöglichkeit des Landes hinausgehen, die nur dadurch erträglich gemacht werden können, dass ein § 234 existiert, der der Gegenseite die Verpflichtung auferlegt, von Zeit zu Zeit unsere Leistungsfähigkeit zu prüfen, – in einer Lage also, die nur unter den Abänderungsmöglichkeiten, die der unmögliche Vertrag vorsieht, für uns tolerabel gemacht werden kann: unter der Voraussetzung, dass wir wirklich mit einer gerechten Reparationskommission zu tun haben, haben wir zu prüfen, in welcher Form überhaupt für Deutschland eine Reparation möglich ist. Sie ist zweifellos nicht möglich in der Form von Zahlungen in Gold, sie ist möglich in der Form von Zahlungen in Waren. Das ist ein Grundsatz, von dem wir ausgehen müssen. Den Gegenbeweis gegen diesen Grundsatz habe ich nicht gehört. Es ist zweifellos, dass Deutschland heute für 30 Milliarden Güter produziert. Dass wir von diesen Gütern etwas abgeben können, scheint mir außerhalb jedes Zweifels zu liegen. Dass diese Abgabe nur eine begrenzte sein kann, ist klar, denn unsere Lebenshaltung ist heute nicht eine solche, dass wir sie erheblich einschränken können, und alle Güter, die wir von den 30 Milliarden Gütern, die wir produzieren, abgeben, werden entweder zu Lasten unserer Lebenshaltung gehen oder durch eine Vergrößerung unserer Produktion geschaffen werden müssen. Die Zeit ist nicht danach – das bedaure ich sehr –, dass es möglich wäre, durch eine gesamte Zusammenfassung unserer Wirtschaft, wie ich sie in meinen theoretischen Schriften vielfach dargelegt habe, unsere Produktion erheblich zu steigern. Theoretisch lässt sich unsere Produktion ganz gewaltig steigern. Aber ich verstehe vollkommen, dass wir unter den heutigen Verhältnissen in ein Land, das so vielfach gespalten ist, nicht noch einen neuen Konflikt hineinbringen können durch die Frage einer grundsätzlichen Umgestaltung unseres Wirtschaftswesens. Diese Umgestaltung wird kommen im Verlaufe von einem oder zwei Menschenaltern; sie lässt sich jedoch im Augenblick nicht durch Gesetzgebung, nicht durch Gewalt herbeiführen. Infolge dessen müssen wir auf diese Möglichkeit der grundsätzlichen erheblichen Vergrößerung unserer Produktion im Augenblick leider Verzicht leisten. Es bleibt somit nur die

Möglichkeit, dass wir von den Erzeugnissen, die wir produzieren, einen gewissen Teil der Entente zur Verfügung stellen, das heißt also, dass wir Sachleistungen machen.

Nun entsteht dabei eine Anzahl von Antinomien. Zunächst hat man gesagt: Wenn wir Güter produzieren, so wollen wir sie lieber selber verkaufen und den Gegenwert an Devisen der Entente zur Verfügung stellen. Das klingt vollkommen überzeugend. Aber die Situation ist eine total andere, wenn die Frage einer Devisenerfassung etwa im Kabinett zur Diskussion kommt – dann sind die Devisen auf einmal nicht mehr da. Das meine ich durchaus nicht ironisch. Sie sind tatsächlich nicht mehr da. Denn erstens wird unser Export zum allergrößten Teile heute gegen Mark effektuiert, die der Gegenkontrahent uns bei der Zahlung aufzwingt. Aufzwingt, sage ich nicht ganz überzeugt, denn ich glaube, wir könnten sehr viel mehr dafür tun, dass wir unsere Kontrahenten veranlassen, uns mehr Devisen zur Verfügung zu stellen. Viele Industrielle sind darin vielleicht etwas lässig. Tatsache ist jedoch, dass der Gegenkontrahent die Neigung hat, ein gewisses Quantum in Mark zu bezahlen, umso mehr, als dieser Gegenkontrahent seine Mark in einer Zeit gekauft hat, als sie teurer war, und sie jetzt los werden möchte. Der Gegenkontrahent stellt also im einzelnen Falle die Bedingung – ich prüfe dabei nicht, ob er so stark ist, uns diese Bedingung wirklich aufzwingen zu können; aber de facto geschieht es – er stellt die Bedingung, in Mark zu zahlen. Somit bekommen wir für unseren Export durchaus nicht in vollem Umfange Devisen, sondern nur 30, 40 Prozent. Es ist also theoretisch ein Irrtum, wenn man erklärt: Wir zahlen nicht in Gütern, sondern wir exportieren diese Güter und zahlen nachher in daraus entstehenden Devisen –, denn diese Devisen sind aus Gründen, die ich eben genannt habe, nicht da, wenn man sie sucht.

Ich komme noch einen Moment auf die Frage der Devisenzahlung zurück. Wir haben augenblicklich einen Export von höchstens vier bis fünf Milliarden Mark. Wahrscheinlich sind es in diesem Augenblick nur vier Milliarden. Wir werden mit diesem Export die sämtlichen notdürftigen Güter, die wir einführen müssen, zu bezahlen haben; das sind etwa vier Milliarden. Was dann noch an freien Devisen übrigbleibt, ist nicht sehr erheblich. Wir werden also immer wieder in die Lage kommen, wenn wir anstelle von Reparationsleistungen in Gütern Exportleistungen wünschen, die Devisen nicht zu finden.

Ferner wird gesagt: Wenn wir in Gütern zahlen, so müssen wir diese Güter im Inland aufbringen, das heißt, wir vergrößern die Inflation. Das ist durchaus richtig. Daraus folgert man nun: Es ist viel schlimmer, Güter

im Inland aufzubringen und sie nach außen zu bezahlen, als etwa die Devisen auf irgend eine noch so künstliche Weise zu beschaffen. Wie falsch diese Auffassung ist, das ergibt sich aus den Ereignissen der letzten Monate. In den letzten Monaten haben wir ganz deutlich gesehen, dass nicht die Inflation uns ruiniert hat, sondern einfach das Angebot der Mark. Wenn Sie ein Fass Petroleum in der Welt mehr verkaufen müssen als die Welt aufnimmt, so gibt es für dieses Fass überhaupt keinen Preis mehr, und wenn Sie eine Mark mehr verkaufen müssen, als der Weltmarkt aufnimmt, so gibt es für die Mark überhaupt keinen Preis mehr. Das haben wir jetzt erlebt. Das Ausland hat schlechterdings keine Mark mehr aufgenommen; im Gegenteil, es hat uns die Markbestände, die es selber besitzt, vor die Füße geworfen, und infolge dessen ist unsere Valuta in einer furchtbaren Weise verfallen. Im Gegensatz dazu hat es während einer langen Periode von starker Inflation durchaus keine Schwierigkeit gehabt, die Mark auf den doppelten Wert zu heben. Wir hatten zu Beginn des Jahres einen Dollarpreis von 100 Mark, und dieser Dollarpreis ist im Laufe von sechs Monaten, trotzdem die Inflation um gar nichts nachließ, bis auf 35 Mark heruntergegangen. Es hat sich also mit einer starken Inflation eine erhebliche Steigerung unserer Valuta vertragen. Auf der anderen Seite hat sich in einer Periode, in der die Inflation ihren Weg weiterging, der Preis der Mark katastrophal gesenkt, weil Käufer für die Mark nicht mehr da waren, das heißt, weil der Auslandsmarkt sie zerrüttet hat. Es ist also durchaus falsch, zu sagen: wir haben dahin zu arbeiten, dass wir unter allen Umständen die Inflation verkleinern, gleichgültig, in welcher Weise wir uns ausländische Zahlungsmittel zu beschaffen haben. Es ist falsch, zu argumentieren, dass es besser sei, im Auslande Devisen zu beschaffen, als im Inland in einem gewissen Umfange die Inflation zu vergrößern. Das ist aber immer wieder eins der hervortretenden Argumente gewesen, dass man gesagt hat: Ja, wenn wir Güter, wenn wir Sachleistungen nach außen effektuieren, so müssen wir diese Sachleistungen im Inlande kaufen, und dadurch, dass wir sie kaufen, vergrößern wir die Inflation. Das Gegenargument ist: Wenn wir diese Güter nicht im Inland aufbringen, sondern wenn wir Devisen aufzubringen haben, so kommen wir dem Auslande gegenüber in die Lage eines Verkäufers, der keinen Käufer mehr findet und dessen Ware somit ins Ungemessene entwertet wird. Wer das aus den letzten Kriegereignissen nicht entnommen hat, wird auf national-ökonomischem Gebiete schwerlich zu richtigen Konsequenzen kommen.

Eine wirkliche Gefahr besteht freilich bei jeder Leistung in Gütern, dass nämlich, wenn diese Leistung in Gütern wahllos geschieht, der Fall

eintreten kann, dass diese Güter, die wir an fremde Nationen liefern, unseren eigenen Gütern auf dem Weltmarkte Konkurrenz machen. Dagegen müssen die entschiedensten Vorkehrungen getroffen werden. Das war einer der Gedanken, die mich unablässig in den Wiesbadener Verhandlungen beschäftigten: In welcher Weise ist es möglich, dafür zu sorgen, dass Güter, die wir als Zahlungen geben, uns diese Konkurrenz nicht machen.

Mit diesem Gedanken ist die Tatsache zu verbinden, dass die Belastung des Weltmarktes selbst durch einen Mehrexport nur dann erträglich wird, wenn gewissermaßen Ablagerungsstätten für Güter gefunden werden, das heißt solche Lagerstätten, bei denen die Güter, ich möchte sagen, im Abgrunde verschwinden, nicht wieder hervorkommen und den Weltmarkt nicht behelligen. Es wird also eines der Grundprinzipien sein, für alle Lieferungen, die in Sachleistungen gemacht werden, Ablagerungsstätten zu finden, das heißt, diese Güter nicht auf den flottierenden Weltmarkt zu bringen, sondern an solche Stellen, wo sie nicht wieder hervorkommen, wo sie tatsächlich investiert werden und weder unseren eigenen Gütern noch auch den Gütern der Welt eine schwere Konkurrenz machen können.

Das war einer der Hauptgründe, die dazu führten, dass mit den Franzosen ein Abkommen getroffen werden konnte, weil sich in Frankreich eine solche Ablagerungsstätte befindet. Sie befindet sich vielleicht auch noch in anderen Ländern – wir werden bei späteren Gelegenheiten davon vielleicht reden können –, solche Ablagerungsstätten befinden sich vielleicht noch in anderen Teilen der Welt, sagen wir in Russland. Jedenfalls befinden sie sich in Frankreich; denn in Frankreich absorbiert das wiederherzustellende Gebiet die Güter, so dass sie nicht wieder in die Zirkulation der Welt hineinkommen. Und noch mehr als das: Dieses Gebiet stellt einen Markt dar, der gegenüber dem absolut verschlossenen Weltmarkt geöffnet werden kann, wenn man ihn öffnen will, und der verschlossen bleibt, wenn man ihn nicht öffnet. Die Sache liegt nämlich so: Der französische Wiederaufbau kann ohne unsere Mitwirkung schlechterdings nicht geschehen. Die 20 oder 30 Milliarden Güter, die in das zerstörte Gebiet hinein geführt werden können, werden nur dann hinein geführt, wenn wir dazu helfen. Frankreich ist zugestandenermaßen dazu nicht in der Lage. Französische Politiker, die bei mir waren, sagten mir, als ich sie fragte: „Werden Sie große Schwierigkeiten haben, in der Kammer das Projekt durchzubringen, gegen das sich doch die Industrie mobilisiert?“. „Nein wir werden keine Schwierigkeiten in der Kammer haben aus dem einfachen Grunde, weil wir nachweisen werden, dass wir, wenn wir keine Hil-

fe von außen bekommen, den Wiederaufbau auch nicht in einem Menschenalter werden leisten können.“ Das ist richtig. Infolgedessen ist durch das französische Wiederaufbaugesamt eine Ablagerungsstätte gegeben, die die Eigenschaft hat, Güter zu konsumieren, ohne sie wieder herzugeben und die Eigenschaft, um gerade /durch/ dasjenige Güterquantum, das sie absorbiert, die Absatzfähigkeit des Weltmarktes zu vergrößern.

Darauf wollte ich noch zurückkommen: Die Vertreter der Theorie, dass es besser sei, nicht in Gütern zu zahlen, sondern Devisen zu kaufen, vergessen durchaus, dass der Weltmarkt heute absolut beengt ist; in diesen Weltmarkt können wir schlechterdings nichts mehr hineinpressen, als wir gegenwärtig tun. Ich frage alle die Herren, die hier von der Industrie sind: Können Sie mehr exportieren, als Sie augenblicklich exportieren? Ich wüsste nicht einen einzigen, der mir sagen könnte: Ich könnte noch 20, 30, 100, 200 Millionen mehr im Ausland unterbringen, als ich es jetzt tue. Wie ist das, Herr Duisberg? (Dr. Duisberg¹: Im Augenblick vielleicht ja! – Zuruf von anderer Seite: Wir haben keine Waggons!) – Abgesehen von diesen Hemmungen: unter normalen Verhältnissen exportieren wir genau so viel, wie der ausländische Markt aufnimmt. (Dr. Duisberg: Vor zwei, drei Monaten nicht, aber im Augenblick ja!) Jeder bemüht sich, mehr in das Ausland zu treiben, aber es gelingt nicht; einzelne Länder sind nicht mehr aufnahmefähig. Ich habe mit meinem Kollegen Deutsch² gestern und vorgestern die Situation eingehend besprochen. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen: einzelne Länder sind direkt ausgefallen; Schweden, Norwegen, Dänemark sind als Konsumenten so gut wie ausgeschieden; in anderen Ländern haben sich die Zollmauern derartig erhöht, dass sie für uns ausgeschieden sind. Aber auch in diesen Ländern gibt es überall Arbeitslose, sie wollen keine Produkte mehr haben. Infolgedessen brauchen wir nicht nur die Ablagerungsstätte, die uns Waren abnimmt, ohne sie wiederzugeben, sondern brauchen auch die Erweiterung des Weltmarktes, denn ohne sie werden wir den Mehrexport nicht haben, aus dem die Devisen kommen sollen, mit denen die Herren Devisenerfüller die Absicht haben zu zahlen. Wir brauchen tatsächlich die Erweiterung des Weltmarktes, und diese ist wiederum nur gegeben durch solche Ablagerungsstätten, wie es etwa die zerstörten Gebiete in Frankreich sind.

1 Carl Duisberg, Dr. phil. u. Dr. ing., Chemie-Industrieller, Generaldirektor der Farbenfabrik vorm. Friedrich Bayer & Co., Vorsitzender des Präsidiums des RDI.

2 Felix Deutsch, Vorstandsvorsitzender der AEG (= Generaldirektor; Nachfolger Emil Rathenau seit 1915).

Das sind die Grundprinzipien, von denen die Wiesbadener Erwägungen ausgegangen sind. Ich rekapituliere: Wir können nichts anderes tun, als mit Sachleistungen bezahlen. Wir können Sachleistungen innerhalb gegebener Grenzen liefern. Für diese Sachleistungen müssen wir Ablagerungsstätten haben. Die Möglichkeit, im freien Handel Sachgüter zu exportieren und dafür Devisen verwendbar zu machen, gelingt nur in gewissem Grade. Infolgedessen gab es kein anderes Mittel, wenn man zu einer aktiven Erfüllungspolitik kommen wollte, als sich mit den Franzosen in irgend einer Weise zusammenzufinden.

Dafür waren die Vorbedingungen durchaus günstig. Erstens aus dem Grunde, den ich erwähnt habe, dass die Franzosen, wie sie selbst anerkennen, aus eigener Kraft ihr Wiederaufbaugesamt nicht wiederherstellen können. In Frankreich ist man in äußerster Angst vor einer Inflation nicht dazu zu bewegen, größere Mittel herzugeben. Die Sinestrierten fangen an, ungeduldig zu werden, sie organisieren sich, sie drücken auf die Regierung. Infolgedessen ist die allgemeine Stimmung gegeben, diese Sachleistungen von uns in Empfang zu nehmen.

Nun hätte ich sehr gewünscht, dass es möglich gewesen wäre, die Franzosen dazu zu veranlassen, diese Sachleistungen, die wir ihnen geben, sofort in vollem Umfange gutzuschreiben. Das war der einzige Punkt, bei dem ich meinerseits eine Konzession machen müssen. Ich beglückwünsche Sie, meine Herren, wenn es Ihnen im Leben möglich gewesen ist, Verträge ohne Konzession zu schließen. Ich habe bisher immer nur Verträge mit Gegenkonzession schließen können. Das ist der einzige Punkt, in dem wir eine Konzession haben machen müssen. Wir werden hinterdrein sehen, ob diese Konzession so groß war, wie unsere Kritiker es hinstellen.

Es ist also tatsächlich von uns die Leistung übernommen worden, zur Wiederaufbautätigkeit beizutragen, allerdings gegen die Konzession einer gewissen Stundung. Diese Stundung war für Frankreich notwendig, weil sie eine Anzahl an Barmitteln von uns zu bekommen haben. Ob sie diese bekommen werden, ist sehr zweifelhaft; denn das ist ganz klar, dass in zwei, drei Jahren die Reparationsforderungen, die man heute von uns erwartet, nicht geleistet sein werden – einfach, weil sie nicht geleistet werden können. Daher wird es sich sehr fragen, ob die Franzosen daneben die Barmittel von uns bekommen werden, die sie erwarten. Aber gleichviel, sie sagten sich: Wenn wir den Wiederaufbau euch zur Verfügung stellen, so müssen wir von euch die Konzession haben, dass wir eine gewisse Stundung verlangen, denn wir sind nicht imstande, unsere

ganzen Ansprüche mit einem Mal zu streichen. – Ich glaube, dass hierbei sehr viel Politisches mitgesprochen hat. Ich bin der Überzeugung, dass mein Gegenkontrahent Loucheur bei dieser Gelegenheit nicht daran gedacht hat, von uns noch erhebliche Geldleistungen zu bekommen, sondern dass er sich lediglich gesagt hat: Ich wünsche eine Anzahl von Sachleistungen zu bekommen und nicht in eine schwierige Abrechnung mit der Reparationskommission zu geraten, wenn ich in einem Jahre etwas zu viel erhalten habe. – Das ist also die Gegenleistung, die wir zu machen beabsichtigen und gemacht haben.

Alle übrigen Punkte samt und sonders sind Verbesserungen gegenüber dem Verträge von Versailles, und hier zeigt sich im besten Lichte die tendenziöse Art der Kritik, wenn diese Punkte sämtlich beanstandet worden sind. Das beweist, dass die Herren entweder den Vertrag von Versailles nicht gelesen haben, oder ihn nicht lesen wollten, oder dass sie ihn gelesen haben und lediglich politische Agitation treiben. Denn alle übrigen Punkte sind Verbesserungen gegenüber Versailles.

Dabei komme ich auf die Frage, die mein verehrter Herr Nachbar (der Vorsitzende) eben angeschnitten hat: Die Abänderungen gegenüber demjenigen Programm, das ich Ihnen ursprünglich entwickelt habe. Abänderungen sind in ziemlich großer Zahl gemacht worden, aber nicht eine einzige, die nicht eine Verbesserung war. Die dritte Entrevue in Wiesbaden hat nicht eine einzige Konzession von unserer Seite gebracht, aber sehr viele von den Franzosen, insbesondere die ganz entscheidende hinsichtlich der Preisbemessung. In Ihrem Kreise habe ich damals noch gesagt: Ich fürchte mich vor einer Sache, wahrscheinlich wird das Reich Verluste erleiden, indem es höher entschädigen muss, weil wir nicht die deutschen Preise bezahlt bekommen. Das war eine der wichtigsten Errungenschaften der letzten Konferenz von Wiesbaden, dass diese Schwierigkeit ausgeräumt worden ist. Was also die Abänderungen betrifft, so sind sie sämtlich günstiger geworden.

Das Abkommen selbst glaube ich nicht Ihnen noch einmal schildern zu sollen. Es ist durch alle Zeitungen gegangen, allerdings nicht sehr eingehend gelesen worden; denn noch vor wenigen Tagen hat ein großer Industrieller einem meiner Freunde geschrieben, es wäre doch empörend, dass der Wiederaufbauminister nicht endlich einmal dieses Abkommen bekannt gäbe. Es ist aber schon seit Wochen veröffentlicht, und ich wäre dankbar, wenn es so eifrig wie möglich gelesen werden könnte – aber immer gelesen mit dem Vergleich der analogen Bestimmungen von Versailles! Denn dieses Abkommen ist ein Interpretationsabkommen gewis-

ser Teile der Versailler Bestimmungen; es kann also nur in Zusammenhang mit Versailles gelesen werden. Es bedeutet nicht ein freies Abkommen zwischen freien Kaufleuten, sondern es bedeutet ein Interpretationsabkommen zwischen Leuten, die sich über gewisse Leistungen verständigt haben und diese Leistungen zu erleichtern wünschen.

Ich habe erwähnt, dass in allen Punkten mit Ausnahme der Vorleistungen Verbesserungen gegenüber dem Verträge von Versailles eingetreten sind. Dabei bemerke ich folgendes: Das Quantum, das Versailles und das Londoner Ultimatum uns auferlegt, ist unbegrenzt. Sie werden immer wieder in den Zeitungen lesen: Wie konnte dieser Mann für sieben Milliarden Waren nach Frankreich geben! Ja, nach Versailles und dem Londoner Ultimatum – lesen Sie das bitte, meine Herren – ist es gar nicht begrenzt, wie viel wir zu liefern haben. Da können uns 7 Milliarden, auch 14 Milliarden abverlangt werden. Hier aber ist zum ersten Male eine Begrenzung gegeben, und hinsichtlich dieser Begrenzung habe ich auch geglaubt, noch etwas vorsichtiger sein zu sollen als das erste Mal, wo ich Ihnen Vortrag halten durfte. Damals sprach ich von 9 Milliarden; wir haben das Quantum auf 7 Milliarden begrenzt, weil ich mir sagte: Wir wollen, wenn irgend möglich, diese Quantitäten nicht vergrößern.

Was die Preise betrifft, so bleiben sie **nicht**³ unter den Versailler Preisen. In Versailles ist festgesetzt, dass diese Preise nicht von einem Schiedsgericht bestimmt werden, sondern schlechthin von der Reparationskommission. Diese hat darüber zu verfügen, wie viel wir für eine Maschine oder für Chemikalien oder für Eisenprodukte bezahlt bekommen; sie ist dabei an gar nichts gebunden, weder an Recht und Billigkeit noch an irgendwelches Prinzip. Demgegenüber haben wir es erreicht, dass diese Preise festgelegt sind auf Grund eines Indexverhältnisses und dass sie minimalisiert sind im Vergleich zu den deutschen Preisen; sie dürfen trotz aller Frachten, Zölle usw. nicht geringer sein als die deutschen Inlandspreise. Für die Gutgläubigkeit der Kritiker spricht es, dass ich erst heute wieder einen Artikel zu Gesicht bekommen habe, in dem am Schlusse in einer verhüllten Art gesagt wird: Das Schreckliche ist, dass wir nur die Hälfte der deutschen Inlandspreise bekommen. Was soll man zu solchen deutschen Kritiken sagen? Kämen sie von einer gleichgültigen Seite, so

3 „nicht“ ist hier eingefügt entsprechend der Randnotiz von Hugo Geitner, Privatsekretär Rathenaus, nach einer handschriftlichen Eintragung des Redners.

würde ich davon nicht reden. Aber das sind hervorragende Politiker, die solche Kritik aussprechen. (Dr. August Müller⁴: Eben darum!)

Die Preise also sind jetzt so stabilisiert, dass die Inlandspreise sie minimalisieren. Ein Schiedsgericht tritt an die Stelle der Reparationskommission. Dieses Schiedsgericht ist in ganz kaufmännischer Weise zusammengesetzt: ein Franzose und ein Deutscher nehmen daran teil. Sie sollen sich über einen Obmann verständigen, und können sie das nicht, so wird dieser Obmann nicht von der Reparationskommission, wie sonst er immer heißt, sondern von dem Bundespräsidenten der Schweiz ernannt. Es war für die Franzosen sehr schwer, das zu schlucken, aber sie haben es geschluckt.

Ich möchte eine Zwischenbemerkung rein praktischer Art machen. Ich merke, dass die Ausführungen, die ich zu machen habe, doch in den Rahmen der Öffentlichkeit nicht mehr hineingehören. Wir werden hier vorsichtig zu sein haben. Ich muss mich freier aussprechen, um vor Ihnen die Argumente darlegen zu können. Also was ich eingangs sagte, dass wir hier in voller Öffentlichkeit verhandeln, das halte ich nicht mehr aufrecht.

Versailles schreibt vor, dass wir Waren zu liefern haben – und London bestätigt das – in jedem beliebigen Ausmaße, soweit die Länder es für ihren Wiederaufbau oder für ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse nötig haben. Das heißt in ganz beliebigem Umfange nicht nur, sondern auch zu ganz beliebiger Verwendung. Wir haben es erreicht, dass diejenigen Waren, die wir liefern, nur für den französischen Wiederaufbau verwendet werden dürfen; sie können uns also in irgend welchen anderen Gebieten nicht mehr Konkurrenz machen. Demgegenüber sagt nun immer wieder die Kritik: Was soll nun werden, wenn diese ganzen Waren geliefert werden und damit unserer deutschen Industrie Konkurrenz gemacht wird? – Ja, das war so in Versailles, und das ist leider Gottes noch so gegenüber England, gegenüber einigen anderen Ländern. Aber Frankreich gegenüber hat es aufgehört, Frankreich gegenüber sind die Waren, die wie zu liefern haben, für den Wiederaufbau bestimmt.

Ich habe hier über die Art der Kritik gesprochen und vielleicht in ihren Augen etwas zu lebhaft, aber ich glaube, diese Lebhaftigkeit wird entschuldigt, wenn ich Sie darauf aufmerksam mache, dass ich doch diesen Dingen einen so grundsätzlichen Wert beimesse, dass es mir nicht

4 August Müller, Staatssekretär, später Minister, im Reichsministerium für Wiederaufbau.

gleichgültig sein kann, ob sie in der Öffentlichkeit böswillig zertrampelt werden. Ich sehe, wie ich Ihnen schon sagte, in Wiesbaden nicht etwa ein freies Geschäft zwischen Unbefangenen, unvoreingenommenen Kaufleuten, sondern ich sehe darin eine Abmachung, die auf Grund eines ganz funesten Vertrages dazu führen soll, Erleichterungen zu gewähren. Aber weiter sehe ich in Wiesbaden die Perspektive für künftige mögliche Abwicklungen, und deshalb lege ich großen Wert darauf, dass diese Dinge verstanden werden. Es ist nicht ein rein kaufmännisches Geschäft, sondern es ist ein politisches Geschäft der Abwicklung, und es muss betrachtet werden als ein Glied in eine großen kommenden Kette. Hier handelt es sich darum, für die Zukunft den Weg zu ebnen, der uns aus unserer entsetzlichen Lage herausführt. Hier handelt es sich darum, den Weg zu finden, der auch noch mit weiteren Nationen zum Ausgleich der Sachwerte führt. Deswegen bin ich vielleicht zu lebhaft geworden in der Abwehr gewisser Angriffe.

Aber ich will Ihnen auch ganz frei und offen sagen, warum weiter diese Dinge mich in diesem Augenblick vielleicht etwas temperamentvoll haben erscheinen lassen. Ich sehe in diesen Kritiken eben nicht lediglich einen wirtschaftlichen Willen. Ich habe die Beobachtung gemacht, dass diese Kritiken alle einen politischen Hintergrund haben. Das spreche ich rundweg und offen aus. Je schärfer die Kritik, desto weiter von rechts kommt sie her. Das, meine Herren, muss einfach an die große Glocke, das muss rundweg ausgesprochen werden, der Katze muss die Schelle umgehängt werden. Es handelt sich hier um politische Dinge, schon längst nicht mehr um wirtschaftliche Dinge. Das geht auch aus der Art der Kritik hervor, die immer wieder Dinge, die längst widerlegt sind, von neuem aufgreift. Man kann einem dieser Herren immer wieder das gleiche sagen, er gibt es in persönlicher Unterhaltung zu, und dann schreibt er Artikel, die es wieder von neuem enthalten. Das ist eine politische Agitation, das ist längst keine wirtschaftliche Agitation mehr. Und das muss ausgesprochen werden. Glauben Sie nicht, meine Herren, dass ich gegen politische Agitation sehr empfindlich bin. Wenn man dreißig Jahre in diesen Dingen dringestanden hat, bekommt man ein dickes Fell. Aber man verliert darum nicht die Einschätzung der Notwendigkeiten. Deswegen halte ich diese politische Agitation für gefährlich, für unser Land, für unsere Wirtschaft, weil man hiermit ja nicht etwa Wiesbaden treffen will, sondern weil man – das muss auch rundheraus gesprochen werden – den Reparationsgedanken insgesamt treffen will, weil man den Wunsch hat, auf diese Weise sich in den passiven Standpunkt hinein zu begeben: Von

uns aus geschieht nichts, mag kommen, was da wolle. Wer heute sagt: „Mag kommen, was das wolle“, von dem scheiden sich meine Wege. Ich kann nicht mit ihm gehen, denn ich weiß, was da kommt. Ich sehe die Dinge, und ich fürchte, dass sie schon im nächsten Frühjahr eintreten, wenn die Stimmung in Deutschland weitergeht, die immer wieder darauf hinausläuft zu sagen: Jetzt tun wir gar nichts mehr, jetzt stellen wir uns einfach tot. – Deshalb habe ich vielleicht hier im Rahmen dieser Erörterung an Temperament das überschritten, was wir gewohnt sind, und was ich auch sonst einzuhalten wünsche. (Max Cohen⁵: Das war durchaus einmal nötig!)

Ich übergehe die Einwendungen, dass der eine sagt: sieben Milliarden sind zu viel, und der andere sagt: sieben Milliarden sind ein Kinderspiel, dafür braucht man gar keine Abmachungen zu treffen. Das kompensiert sich wechselseitig, macht allerdings einen doppelten Lärm. (Heiterkeit.)

Die Frage der freien Devisenbeschaffung habe ich schon erwähnt. Ich betone noch einmal, eines der stärksten Argumente ist immer wieder das: Warum liefern Sie die Sachen, warum lassen Sie sie uns nicht auf dem freien Markt verkaufen, dann werden wir Ihnen die Devisen schon geben. Wenn wir dann die Devisen haben wollen, so antwortet man uns: Es geht leider nicht, wir haben ja gegen Mark verkauft. Also dieses Argument der freien Devisenbeschaffung bitte ich als endgültig abgetan zu betrachten, oder ich bitte mir den Nachweis zu erbringen, dass wir für die vier Milliarden, die wir exportieren, tatsächlich die Devisen greifbar haben. Dann bin ich sehr dankbar, denn dann sind wir aus unserem ganzen Elend heraus. (Kraemer: Dann würden sie auch noch nicht für die Reparation da sein!) – Sie würden aber wenigstens zum großen Teil da sein.

Als weiteres Argument hat man uns gesagt: Was Sie tun, das heißt ja, dass Sie den Franzosen die Option auf unsere nächste Konjunktur geben! Darin liegt etwas Wahres, es liegt nämlich das Wahre darin, was nicht beabsichtigt war, dass man damit sagt: In diesem Augenblick, wo wir diese Katastrophenkonjunktur haben, ist es uns sehr unbequem, dass uns irgend ein Teil unserer Ware für irgend welche Zwecke weggenommen wird, denn jetzt können wir mit diesen Waren viel bessere Preise machen. Das gebe ich zu, für Katastrophenkonjunkturen wird das Wiesbadener Abkommen vielleicht nicht ganz bequem sein. Aber wenn wir in den nächsten zwei Jahren dauernd weiter Katastrophenkonjunkturen haben soll-

5 Max Cohen (SPD), Verfechter des Rätegedankens.

ten, dann brauchen wir uns um Wiesbaden nicht zu kümmern, – (Sehr richtig!) – dann sind die Dinge eben einfach erledigt. (Sehr richtig!) Ich kann also nicht diese Kritik akzeptieren, die sich lediglich aus der gegenwärtig katastrophalen Lage ergibt, wo man immer sagt: Diese prachtvollen Preise, die wir haben, möchten wir auch bis zum letzten ausnutzen, und es ist uns sehr unangenehm, wenn da für Sachleistungen etwas verlorengehen sollte. So kann man nicht arbeiten. Selbstverständlich ist eine Reparation kein Vergnügen. Eine Zahlung ist nie ein Vergnügen gewesen, und der Franzose nennt den Moment, wo er eine Zeche bezahlen soll, diese Viertelstunde, la douloureuse, die schmerzliche Viertelstunde. Bei uns ist es leider keine Viertelstunde, es wird lange dauern, bis es gezahlt ist, und es ist kein Vergnügen. Aber der Einwand, dass wir die Option auf unsere Konjunktur geben, ist auch deswegen subjektiv unrichtig, weil, wenn eine solche Konjunktur in zwei, drei Jahren noch einmal kommen würde, Wiesbaden ja abgelaufen wäre. Wiesbaden ist auch für uns eine Option. Der Wiesbadener Vertrag läuft im ganzen 29 Monate. Das wird geflissentlich verschwiegen – fast hätte ich gesagt: unterschlagen. Nach 29 Monaten können wir aus dem Vertrage heraus sein. Also auf viele Konjunkturen gibt das keine Option, sondern es handelt sich einfach darum, dass es vielleicht im gegenwärtigen Moment unangenehm ist, die großen Preise, die man bekommt, nicht im vollen Umfang ausgeschöpft zu wissen.

Ich möchte auch einmal die Möglichkeit, nur die Möglichkeit der entgegengesetzten Entwicklung streifen. Wer von Ihnen, meine Herren, kann dafür die Garantie übernehmen, dass nicht etwa im nächsten Jahre die Konjunktur überhaupt aufhört? Nach meiner Überzeugung dauert sie nicht mehr sehr lange. Wenn ich mir diese Konjunktur ansehe und mich frage: Wer kauft denn? – so sage ich: Es gibt gar keine liziten Käufe, diese Käufe sind illizit. Das ist die Flucht vor der Mark. Die Leute kaufen, was sie kriegen können, und das nennen sie Konjunktur. Es ist keine Konjunktur, es sind Angstkäufe von Waren. Es ist die Flucht aus der Münze. Es ist nicht eine wirkliche wirtschaftliche Konjunktur. Wie käme Deutschland in diesem Augenblick, in der Lage, in der es sich befindet, dazu, sich eine wirkliche Konjunktur zu leisten, das heißt plötzlich große Bauten vorzunehmen, große Investitionen zu machen! Davon ist auch gar keine Rede. Die Ware geht weg, sie geht zum großen Teil in die Hände von Händlern, zum großen Teil von Leuten, die sagen: Ich kaufe mir lieber ein geschliffenes Glas für 300 Mark, als dass ich das Geld im Portemonnaie herumtrage. Dieser Fall ist mir tatsächlich begegnet. Also wer

garantiert uns dafür, dass diese Konjunktur noch während des ganzen Wiesbadener Abkommens anhält? Wer garantiert uns, dass nicht etwa der entgegengesetzte Fall eintritt (Sehr richtig!), wo wir wieder mit Arbeitslosigkeit zu tun haben und wo man sich dann bei seinem Schöpfer bedanken wird, wenn man für 400.000, 500.000 Menschen, wie es aus dem Abkommen möglich ist, die Arbeit haben wird. Ich bin also der Meinung, es ist geradezu frivol, zu erklären, wenn wir in diesem Augenblick eine Hochkonjunktur haben, so bleibt diese Hochkonjunktur, und da wir erwarten, dass sie bleibt, so tut es uns um unsere schönen Waren leid, die wir sonst zu irgendwelchen Phantasiepreisen im Inland oder Auslande hätten verkaufen können. Ich wünsche gar nicht, dass Deutschland sich derartig mit Waren voll legt, ich halte es volkswirtschaftlich nicht für ein Glück, wenn jeder Mensch Kleiderstoffe, Gläser, Tischzeug oder ähnliche Waren spekulativ hinlegt. Das ist eine künstliche Konjunktur, die niemals Segen bringen kann. Ich glaube, dass wir ebenso den Fall ins Auge zu fassen haben, dass diese Konjunktur einmal abbricht. Und wenn sie abbricht, dann möchte ich den Herren, die mir jetzt den Vorwurf machen, dass ich die Option auf künftige Konjunkturen gebe, die Frage vorlegen: Wie beschäftigen Sie nun die vier- bis fünfhunderttausend Menschen?

Einer der wesentlichsten Vorwürfe ist der, dass uns gesagt wird: Wir machen uns mit unseren eigenen Waren in Frankreich Konkurrenz, wir verkleinern den Weltmarkt. Ich habe mir erlaubt, Ihnen darzulegen, dass das bei dieser Ablagerungsstätte nicht der Fall ist. Nach Versailles wäre es der Fall gewesen, da hätten wir uns mit unseren eigenen Waren Konkurrenz gemacht. Nach dem Wiesbadener Abkommen ist es ausgeschlossen, da geht die Ware tatsächlich in die Ablagerungsstätte, für die sie bestimmt ist, und kommt nicht wieder frei. (Kraemer. Die französische Ware auf dem Weltmarkt, das war der Einwand!) – Es ist mir sehr lieb, dass Sie daran erinnern: Die französische Ware hätte dadurch Platz auf dem Weltmarkt! Das wäre richtig, wenn die französische Ware zum Wiederaufbau genommen wäre. Aber ich habe Ihnen ja gerade gesagt, der Wiederaufbau wäre nie gemacht worden. Die französische Ware war auf dem Weltmarkt, und keine Macht der Erde hätte sie dazu verleitet, sich in den Wiederaufbau zu begeben. Sie hätte, wenn sie jetzt auf den Weltmarkt drückt, auch im andern Falle auf den Weltmarkt gedrückt; denn in diese Ablagerungsstätte war die französische Ware nicht zu leiten.

Nun sagt man weiter – es tut mir leid, ich muss diese Argumente Ihnen vorlegen, wenn sie auch kindisch sind, denn sonst kommen sie in allen Zeitungen immer wieder; sie werden auch so kommen, aber Sie

werden wenigstens wissen, womit Sie es zu tun haben – also man sagt weiter: Dieser Mensch hat die Leistung, die wir nach dem Versailler Vertrage zu machen haben, ins Maßlose erhöht durch die sieben Milliarden, er leistet mehr, als wir nötig hätten! Darauf kann ich nur wiederholen: Lesen Sie Versailles und das Londoner Ultimatum. Danach müssen wir den Franzosen, Engländern, Italienern, Belgiern so viel Ware liefern, wie sie überhaupt verlangen. Durch Wiesbaden ist das Warenquantum nicht erhöht, sondern es ist begrenzt, und wer das Entgegengesetzte behauptet, der vertritt eine These, die nachweislich irrig ist.

Meine Herren, wir sind uns doch alle drüber klar, dass die Leistungen in der Höhe, wie sie Versailles theoretisch vorschreibt, überhaupt niemals geleistet werden. Wir wissen doch, dass irgendwelche Änderungen im Laufe der Jahre kommen müssen, denn diese Leistungen werden niemals effektiert werden. Ich habe auf den § 234 des Vertrages – die einzige Handhabe, die wir besitzen, um auf Versailles zurückzukommen – nicht verzichtet. Die Reparationskommission hat darüber zu entscheiden, ob Wiesbaden Wirklichkeit werden soll oder nicht. Wenn die Reparationskommission es entscheidet, dass das Wiesbadener Abkommen Wirklichkeit wird, so rangiert es gleich mit dem Vertrag von Versailles, und dieser Vertrag wird von derselben Reparationskommission eingeschränkt werden. Es ist also ganz gleich, welche Substitutionen hier kommen, der Vertrag von Versailles wird niemals größer, er reicht bis an die Grenze unserer Möglichkeit. Weiter reicht er so nicht, weiter reicht er im andern Falle nicht.

Dann ist uns noch vorgehalten worden, dass die Franzosen gerade diejenigen Waren von uns nehmen werden, die herzugeben für uns am unbequemsten ist. Man sagt zum Beispiel, sie werden lauter Farbstoffe oder lauter Textilien gewisser Art verlangen. Das Entgegengesetzte ist der Fall. Wiesbaden verlangt Baumaterialien, nur Materialien zum Wiederaufbau. Gewiss können dabei auch mal Anstrichfarben sein. Aber dass sie nun kommen und sagen: Wir wollen Herrn Doktor Duisberg die ganzen Heilmittel wegnehmen –, das können sie auf Grund des Wiesbadener Abkommens nicht machen. Im Gegenteil, sie können uns gerade nur diejenigen Stoffe wegnehmen, die wir im freien Export erheblich schwerer loswerden. Denn wo gibt es sonst eine Gelegenheit, gerade Aufbaumaterialien zu plazieren? Sie könnten sagen: Wiederaufbaumaterialien wollen wir nicht weggeben. Auch dafür ist ein Ausweg geschaffen. Der Wiesbadener Vertrag sagt ausdrücklich: Die Leistungen, die wir zu machen haben, müssen wir mit unserem eigenen volkswirtschaftlichen Programm,

mit unseren Produktionsmöglichkeiten und Konsummöglichkeiten vereinbar sein. Es ist also eine glatte Verdrehung, wenn behauptet wird, dass der Wiesbadener Vertrag die Lage für uns verschlechtert; er verbessert sie für uns in jeder Beziehung.

Auch der Einwand kommt immer wieder, dass gesagt wird: Die Preise sind erheblich schlechter als die Inlandspreise. Dagegen kann ich mich einfach nicht wehren; ich kann nur auf den Passus des Wiesbadener Abkommens verweisen, worin steht, wie die Preise zusammengesetzt sind. Es ist eine französische Berechnung und eine deutsche. Die Minimalisierung erfolgt aber durch die deutschen Preise. Unter die deutschen Preise können schlechterdings trotz aller Frachten, aller Transporte die Wiesbadener Notierungen nicht gesenkt werden.

Nun hat man gesagt: Was haben Sie denn schließlich umgewandelt, das ist ja so wenig! (– Erst hat es geheißen, es ist zuviel, jetzt heißt es auf einmal, es ist so wenig. –) 14 Milliarden soll unsere Leistung sein; was ist denn davon in den nächsten vier Jahren umgewandelt! – Ja, meine Herren, auf einmal kann man nicht alles umwandeln, das ist ganz klar. Ich habe Ihnen gesagt: Wiesbaden ist ein beginnendes Unternehmen, ein Unternehmen, das dahin streben soll, allmählich denjenigen Teil von Leistungen, die wir tragen können, in Sachleistungen umzuwandeln. Dass es möglich sein sollte, mit einem Schlage das ganze Quantum umzuwandeln, davon kann keine Rede sein. Wir haben von dem französischen Leistungsquantum einen erheblichen Teil in Sachgüter umgewandelt. Von dem Gesamtleistungsquantum, das uns Versailles auferlegt, können wir natürlich nicht mit einem Schlage und mit einem Lande alles umwandeln.

Jetzt komme ich zu demjenigen Punkte, der tatsächlich unsere eigene Gegenleistung enthält. Das ist die Stundung. Über diese Stundung sind die phantastischsten Märchen im Umlauf. Es wird gesagt, dass es sich um Dutzende von Goldmilliarden handelt, und ich weiß nicht was. Zunächst bitte ich, darauf aufmerksam machen zu dürfen, dass, wenn Sie die Rechnung genau vornehmen und dem Vertrag entsprechend in Ansatz bringen, dass uns die Kohlenleistungen und die Leistungen aus Annex IV voll angerechnet werden, dann das theoretische Maximum unserer Gutschrift von etwa 850 Millionen Gold in einem Jahre betragen kann. Das ist das theoretische Maximum, wenn in einem Jahre tatsächlich die volle Leistung des betreffenden Quantums erreicht wird. Das theoretische Minimum der Stundung ist 250 Millionen. Also zwischen 250 und 850 Millionen bewegen sich die Summen. Wie sieht es nun in Wirklichkeit aus?

Werden sie näher bei 850 oder näher bei 250 liegen? Nach meiner Überzeugung werden sie näher bei 250 liegen, weit näher, aus dem sehr einfachen Grunde: In diesem Jahr wird gar nichts geliefert, denn der Vertrag ist heute noch gar nicht unter Dach, die Reparationskommission hat ihn noch nicht genehmigt; im nächsten Jahre – das Jahr 1922 wird ein Anlaufjahr sein – wird meines Erachtens, da die Bauperiode im Sommer beendet ist, nur im Frühjahr Erhebliches geliefert werden können. Das wird leider auch nicht sehr viel sein. Im Jahre 1923 könnte eine normale Lieferung kommen, es würde sich also um ein normales Jahr handeln. Aber im Mai 1923 ist schon der Kündigungstermin. Sehen wir also, dass diese Leistungen wider meine Erwartung von Deutschland nicht zu tragen ist, dass ich mich in diesen Dingen schwer geirrt habe, dann werden Sie eben am 1. Mai 1923 die Kündigung aussprechen. Bis dahin werden wir den Franzosen nach meiner Schätzung eine Milliarde Gold gestundet haben. Das ist viel Geld – das gebe ich zu –, und es ist auf der anderen Seite wenig Geld. Denn wenn Sie davon ausgehen, dass wir alle sechs Monate Lohn- und Gehaltserhöhungen und Erhöhungen unseres Staatsbudgets in einer erheblich größeren Größenordnung nötig haben und dass gar kein Mensch danach fragt: wie wird das finanziert, so möchte ich wissen, warum immer bei dieser halben oder einer Milliarde gefragt wird: wie wird das finanziert? Politische Gründe, meine Herren! Bei Gehaltserhöhungen ist die Frage noch nicht aufgeworfen worden, bei Wiesbaden macht man sich heiße Köpfe darüber: Wie werden wir im Jahre 1923, wo der Vertrag schon gekündigt sein kann, eine Geldmenge finanzieren, die wahrscheinlich kleiner ist, als die Gehaltserhöhungen, die wir in dem betreffenden Jahre akkordiert haben. Ich will damit nicht etwa leichtfertig über solche Finanzfragen hinweggehen, ich bin der Meinung, sie sind ernst genug. Aber wenn es sich darum handelt, von der einzigen Gegenleistung eines Vertrages zu sprechen, von einer Gegenleistung, von der im ganzen Lande agitatorisch herumerzählt wird, dass sie die Ursache unserer ganzen Vernichtung ist, das größte Unglück, das uns getroffen hat, dass sie ein solches Desastro ist, dass jetzt die Industrie keine Kredit Hilfe mehr ausüben könnte – mein verehrter Freund, Herr Dr. Bücher⁶, hat ja darüber in sehr objektiver Weise referiert, er hat ausgesprochen, dass es zwar nicht seine eigene Meinung ist, dass er aber doch den Herren

6 Hermann Bücher, RDI, Mitglied des Reichswirtschaftsrates und des Aufsichtsrates der AEG.

davon Kenntnis geben müsse, dass drei große Desastros die Kreditaktion der Industrie erheblich erschweren können: Oberschlesien, der Valutasturz und Wiesbaden. – Also wenn gesagt wird, dass das der eine der großen Desastros ist und von einem sehr klar denkenden Mann objektiv weiter referiert wird, dass er seine persönliche Meinung dazu äußert, dann muss ich allerdings sagen, dass diese Geldleistung doch in einer Weise im Lande agitatorisch gewirkt hat, dass uns davor erschrecken muss. Ich habe es Ihnen jetzt auf das nötige Maß zurückgeführt.

Nun darf ich nicht mein Referat beenden, da es ja zum Teil ein politisches geworden ist, ohne noch auf eine Anzahl rein politischer Argumente einzugehen, die man angeführt hat. Zunächst hat man, als man noch nicht sicher war, ob man mit wirtschaftlichen Argumenten die Sache totmachen könnte, gesagt: Wiesbaden ist überhaupt an der oberschlesischen Entscheidung schuld. Schließlich lief immer wieder alles auf Wiesbaden heraus, das war eben zur Lebensaufgabe für eine Anzahl von Gruppen geworden. Wiesbaden ist schuld an Oberschlesien! Wie konnte man das kombinieren? In der einfachen Weise, dass man sagte: Mit Hilfe der Engländer – die schaltete man ein –, die Engländer haben sich über Wiesbaden so geärgert, dass sie uns in Genf einen Fußtritt gegeben haben. Davon ist es inzwischen still geworden, denn es hat sich herausgestellt, dass die Engländer über Oberschlesien genauso außer sich sind wie wir. Zu meinem Kollegen Deutsch hat Churchill Worte über Oberschlesien gesagt, die nicht rabiater in unserem Kreise hätten fallen können. Also mit dieser Legende kann man nicht weiter krebzen. Wahr ist, dass Balfour als englischer Delegierter in Genf sitzt. Aber es kann auch mal passieren, dass ein englischer Delegierter seine Regierung enttäuscht. Jedenfalls ist es in diesem Falle geschehen. Und es sind darüber auch sonst diejenigen Angreifer des Wiesbadener Vertrages unglücklich, die damit eines ihrer besten Argumente verloren haben. Dieses Argument ist leider nicht mehr zu retten.

Um aber diese Dinge nicht etwa auf eine Meinung oder Auffassung abzustellen, sondern um ganz präzise zu sein, will ich Ihnen hier in diesem doch immerhin vertraulicheren Kreise noch eins ganz offen, aber diskret sagen: Ich habe vor jeder einzigen Verhandlung mit Frankreich mich der Zustimmung der englischen Regierung versichert. Ich bin niemals nach Wiesbaden gegangen, ohne vorher die englische Regierung gefragt zu haben: Ist es nicht besser, ich temporisiere das, ich habe Zeitungen bei euch gelesen, die der Sache nicht sehr freundlich sind, ich habe eigentlich Bedenken, dahin zu gehen, ich möchte die Sache hinzie-

hen, ihr kriegt vielleicht bei euren eigenen Leuten im Parlament deshalb Angriffe. Darauf hat die englische Regierung jedesmal gesagt: es muss ein Anfang gemacht werden, und dieser kann nur bei Frankreich gemacht werden, denn wenn Sie ihn nicht bei Frankreich machen, wird Frankreich jede künftige Verständigung verhindern. – Das, meine Herren, sage ich Ihnen offen und vertraulich. Ich bin also jedesmal nach Wiesbaden gegangen, nachdem ich mich den Abend vorher mit der englischen Regierung noch einmal ins Einvernehmen gesetzt und die Zusicherung bekommen hatte: Sie müssen es machen, es geht nicht anders. Im übrigen sagten sich die Engländer ganz mit Recht: Wir haben doch noch das letzte Wort in der Reparationskommission, also kann uns kein Schade geschehen. Ich gehe auf diese Frage, obgleich ich sie eigentlich ungern auch nur einem engeren und vertrauenswürdigeren Kreise überliefere, nur deswegen ein, weil ich damit zeigen will, von welcher Qualität die politischen Treibereien sind, von welcher Verlogenheit, um das einmal rundheraus zu sagen. (Sehr richtig!) Gegen diese Lügen, diese niederträchtigen Verleumdungen kann man nicht scharf genug vorgehen. Denn es vergeht kein Tag, wo Ihnen nicht von irgend jemand ins Ohr getuschelt wird: Nicht wahr, das wissen Sie doch, die oberschlesische Geschichte hat der Rathenau gemacht! Der Katze die Schelle umhängen, ist hier das einzige, was richtig ist, in der Öffentlichkeit die Verleumdungen und Lügen feststellen und festnageln!

Eine zweite Legende, die sich gebildet hat und die mit der gleichen Sorgfalt kolportiert wird wie die erste, ist die, ich hätte doch noch ruhig vier Wochen warten sollen mit dem Geschenk, das ich an Frankreich gemacht hätte, dann hätte ich mich vergewissern können, dass die Sache in Genf glatter gegangen wäre. Darauf kann ich nur folgendes antworten: Wenn ich glaubte, den Franzosen ein Geschenk zu bringen, so hätte ich es gar nicht gebracht, weder vor Schlesien noch nach Schlesien. Da ich aber glaubte, mit ihnen ein Geschäft abzuschließen, so musste ich es in dem Augenblick abschließen, wo es reif war, und es war reif in dem Augenblick, wo die Franzosen begannen, sich von einem Teil des Geschäftes schon zurückzuziehen, nämlich von den Nebenabkommen, auf die ich einen ganz enormen Wert gelegt habe. Das wissen die Herren Verleumder, die nun sagen: „Dieser Mann hat uns Oberschlesien ruiniert“, ganz genau, denn ich habe es ihnen gesagt. Aber immer wieder kommen die Argumente: Wenn Rathenau gewartet hätte, hätten wir Oberschlesien nicht verloren.

Die Nebenabkommen waren uns in Option gegeben. Diese Option war nicht beliebig verlängerbar. Ich hätte ihnen sagen können: Es gibt bei

mir zu Hause Leute, die glauben, ich bringe Ihnen ein Geschenk, und dieses Geschenk spare ich mir auf, bis ich über Oberschlesien Klarheit habe. Ich wäre damit aus dem geschäftlichen Verhandeln zu dem politischen übergegangen. Das hätte sich vielleicht rechtfertigen lassen. Aber es wäre wertlos gewesen. Man hätte mir dann gesagt: Nun, vielleicht lassen wir Ihnen das Hauptabkommen offen, die Nebenabkommen aber lassen wir Ihnen nicht mehr offen. Diese Nebenabkommen machen einen erheblichen Teil unserer Abmachungen aus. – Also ist es unrichtig, dass diese Verzögerung irgend einen Einfluss gehabt hat. Es ist unmöglich, dass man, wenn man anders gehandelt hätte, das Abkommen hätte durchbringen, oder auf die Entwicklung in Genf einen Einfluss nehmen können.

Über die Nebenabkommen möchte ich doch noch ein Wort sagen. Gerade in den letzten Tagen ist man sehr lebhaft über die Nebenabkommen hergezogen und hat insbesondere das Fob-Abkommen sehr intensiv angegriffen. Man hat gesagt: Die Tatsache, dass wir auf die Fob-Preise⁷ verzichtet haben, wäre ebenso katastrophal wie alles übrige. Ich schicke voraus, dass gerade das Kohlenabkommen mit allen Kohlensachverständigen, die wir in Deutschland bekommen konnten, insbesondere mit dem Kohlen-Syndikat, das doch wohl die sachverständigste deutsche Stelle ist, auf das eingehendste beraten worden ist. Aber nicht nur das. Ich habe die Herren vom Kohlensyndikat direkt zu den Verhandlungen gebeten, und sie haben mit mir verhandelt. Also wir haben uns die sachverständigste Seite gesichert.

Wie liegt nun das Fob-Abkommen? Das Abkommen sagt, dass wir den Anspruch haben auf den Weltmarktpreis für diejenige Kohle, die über See geht, das heißt über deutsche Häfen. Unsere Kohlen gingen bis zu einem gewissen Maße über See, aber über Antwerpen und Rotterdam; über deutsche Häfen so gut wie gar nicht. Die Kohlen, die über Antwerpen und Rotterdam gingen, betrachten unsere Gegner nicht als Fob-Kohlen. Das ist ein Streitpunkt, der vor der Reparationskommission schwebt und in irgend einer Weise einmal entschieden worden wäre – nach meiner Überzeugung zu unseren Ungunsten; zu unseren Gunsten konnte er nur unter Zustimmung Frankreichs entschieden werden, denn der Beschluss musste einstimmig sein. Die Frage war als eine Frage der Interpretation des Friedensvertrages aufgeworfen worden und eine solche Frage kann

⁷ Fob-Preise = free on board-Preise. Käufer übernimmt die Ware ab Bord des Schiffes.

nur einstimmig von der Reparationskommission entschieden werden. Also wahrscheinlich wäre die ganze Fob-Frage gegen uns entschieden worden. Gleichviel, wie das lag, es handelt sich bei der Fob-Frage um zwei Teile: Erstens um das Vergangene bis zum 1. Mai 1922, zweitens um das Künftige. Das Vergangene war eine sehr schöne runde Summe, nämlich 130 Millionen Mark. Leider ging die von der 132. Milliarde ab, brachte uns also gar keinen Vorteil. Pro futuro lag die Sache so: Angenommen, die Reparationskommission hätte für uns entschieden und hätte Rotterdam und Antwerpen den deutschen Häfen als gleichwertig erklärt, dann wäre wahrscheinlich über Rotterdam und Antwerpen nicht nur keine Kohle mehr transportiert worden, denn die Franzosen hätten keine Lust gehabt, diese verteuerten Preise zu bezahlen, sondern hätten einfach verlangt, dass die Kohle zu Land transportiert wird, und die Zerrüttung unserer ganzen Verkehrswege wäre noch viel schlimmer gewesen, als sie es heute ist. Das war die Auffassung unserer hervorragenden Kohlensachverständigen. So sagten wir uns: Da hier nichts zu verlieren ist und die Differenz auf monatlich bestenfalls 5-6 Millionen geschätzt wird, wenn alle Voraussetzungen zu unseren Gunsten schlagen, so wollen wir dieses Fob-Abkommen so teuer verkaufen, wie wir können –, und wir haben es den Franzosen zu sehr teurem Preise verkauft, indem wir dagegen aufgerechnet haben die Vorkriegsverträge und dagegen verlangt haben die Freiheit von gewissen Sortenbestimmungen und eine ganze Reihe weiterer Kohlenerleichterungen. Aber damit haben wir uns nicht begnügt, sondern wir haben dieses Fob-Abkommen auch noch auf die Viehablieferung wirken lassen, die bei den Verpflichtungen, die wir hatten, ganz funest gewesen wäre. Ich weiß nicht, wieviel Hunderttausend Pferde zu restituieren und zu reparieren wir verpflichtet waren, wobei wir bei jedem Pferde etwa 1000 Goldmark zusetzten. Wir haben also dieses Fob-Abkommen, an dem nichts mehr zu retten war, zu den günstigsten Bedingungen gegen unsere übrigen Kohlenverpflichtungen unter Zustimmung sämtlicher Kohlenautoritäten verrechnet, und haben daraus noch außerdem einen ganz gewaltigen Vorteil hinsichtlich unserer Viehlieferungen gezogen.

Ich habe mir ein paar Zahlen notieren lassen. 111.000 fortgeführte Pferde hätte Frankreich von uns als Restitution aus dem Lande reißen können und dann als Reparation 40.000 Pferde, 530.000 Rinder, 245.000 Schafe und so weiter. Diese Dinge sind erheblich gemildert. Gegenstand unserer Nebenabkommen ist gewesen: Milderung unserer Vieh-Restitution und Viehreparation, die Sicherung des Landwirts dagegen, dass er überhaupt nicht weiß, ob sein Vieh noch sein Vieh ist, die Sicherung des

kleinen Industriellen dagegen, dass er überhaupt nicht weiß, ob sein Motor noch sein Motor, seine Halle noch seine Halle ist, und das endgültige Aufhören derjenigen Kommissionen, die in unserem Eisenbahnmaterial herumwühlen und täglich neue Schwierigkeiten mit unserem rollenden Material schaffen. Mit anderen Worten: Die Nebenabkommen waren Abkommen hinsichtlich des industriellen Materials, hinsichtlich des Eisenbahnmaterials, hinsichtlich der Kohle und hinsichtlich des Viehs.

Auf diese Nebenabkommen hätte ich glattweg verzichten müssen, wenn ich das gewagte Experiment hätte machen wollen, die Verhandlungen so lange hinzuziehen, bis die oberschlesische Frage entschieden wäre. Hätte ich aber nachher bei Oberschlesien kein Resultat gehabt, dann würden genau dieselben Herren gekommen sein, die gesagt haben: Sie hätten warten müssen! (Sehr richtig!) Man hätte gesagt: Wie konnten Sie sich hier auf die große Politik einlassen, Sie waren Geschäftsmann, damals waren doch die Nebenabkommen noch zu haben, jetzt haben Sie sie preisgegeben. – Meine Herren, gegen Dialektik ist nichts zu machen. Deutschland ist leider Gottes heute in Dialektik und Hetzerei zu solcher Meisterschaft gediehen, dass dagegen kein Mittel mehr existiert außer dem einen: der Katze die Schelle umhängen.

Das sind ungefähr die Dinge, die ich Ihnen zu sagen hatte. Zusammenfassend möchte ich bemerken: Ich habe Sie, wie unser verehrter Herr Vorsitzender gesagt hat, über das Abkommen stets auf dem Laufenden gehalten. Ich habe die Industrie stets auf dem Laufenden gehalten. Ich habe in der Öffentlichkeit nicht eine einzige Sache verhehlt, die das Abkommen betraf. Was ich wusste, das wusste die Öffentlichkeit, das wusste die Industrie, das wusste der Reichswirtschaftsrat, und das wusste der Reichstag. Seit unseren letzten Abmachungen haben sich die Dinge nur verbessert, nicht verschlechtert. Vorher sagte man: Schließen Sie ab, schließen Sie ab! Nachdem ich zu verbesserten Bedingungen abgeschlossen habe, sagt man: Es ist vielleicht ganz nett, leider haben Sie uns Oberschlesien verloren und uns zugrunde gerichtet. Ich kann darauf nur erwidern: Ich habe Sie voll auf dem Laufenden gehalten. Seitdem sind keine Änderungen mehr gekommen als zu unseren Gunsten. Und ich glaube, dass das, was wir gemacht haben, richtig ist. Ich halte es für unentbehrlich für unsere Zukunft. Wir werden keinen anderen Weg gehen als den der Reparation. Wir kommen nicht ungeschoren aus einem verlorenen Weltkrieg heraus. Die Reparationen, die wir leisten, werden Sachleistungen sein. Unsere Aufgabe ist, unsere Goldleistungen in Sachleistungen zu verwandeln und innerhalb derjenigen Gren-

zen, die wir tragen können. Wir werden von Land zu Land solche Abmachungen treffen, und sie werden die einzige Form der Reparation sein, die tatsächlich von uns geleistet werden kann und geleistet werden wird und die auch dazu imstande ist, den inneren Frieden der Welt wieder herzustellen. Es gibt keinen anderen Weg, es ist mir kein anderer gezeigt worden. Das, was mir gezeigt worden ist, ist lediglich die passive Resistenz, und von der halte ich nichts.

Aber wie auch die Dinge liegen mögen, ob meine Darlegungen Sie davon überzeugt haben, dass wir etwas wirklich Brauchbares und für die Zukunft hoch Bedeutungsvolles geschaffen haben oder nicht – eines kann ich Ihnen sagen: Der ganze Vertrag läuft siebzehn Monate, innerhalb dieser siebzehn Monate mag die Kritik sich tummeln, aber sich beeilen, nach siebzehn Monaten gibt es keine Kritik mehr, denn dann wird beschlossen. Am 1. Mai 1923 wird der Reichstag zu beschließen haben, ob das Abkommen verlängert oder gekündigt wird. Bis dahin muss die Kritik fertig sein. Dann werden wir sehen: Wird das Abkommen zum 1. Mai 1923 gekündigt, so habe ich mich geirrt; wird es aber verlängert, dann möchte ich darauf aufmerksam machen, dass man hier doch mit etwas größerer Vorsicht Prognosen unserer Zukunft stellen soll. Das Abkommen kann höchstens 29 Monate dauern. Wenn es uns nicht gefällt, können wir es kündigen. Innerhalb dieser 29 Monate kann es nicht katastrophal wirken. Nach meiner Überzeugung wird es nicht gekündigt werden. Nach meiner Überzeugung wird es vielmehr das Modell aller künftigen Abmachungen sein, die wir mit der Entente treffen werden, und dass wir Abmachungen mit der Entente treffen werden, das werden wir sehen.

Qui vivra, verra!⁸ (Bravo!)

8 Wer leben wird, wird sehen!

(Rathenaus Antworten zur Debatte:)

„Die wenigen Fragen, die mir zu beantworten bleiben, möchte ich der Reihe nach erledigen.

Zur inneren Finanzierung ist zuzugeben, was ich in meinen ersten Ausführungen gesagt habe, dass eine Belastung unseres inneren Etats stattfinden wird durch den Aufkauf der Waren im Inland. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, dass es sich dabei um eine Versuchsperiode von höchstens 29 Monaten handeln kann. Wir werden schon nach 17 Monaten wissen, ob wir imstande sind, im Innern die Beträge von Papiermark zu erlangen, und ob wir sie erlangen können ohne allzu schwere Schädigung unserer Valuta.

Ich möchte aber darauf aufmerksam machen: Verglichen muss immer werden in einem Falle eine Inflation, die sich in gewissem Umfang im Inland geltend machen wird, im andern Fall aber der Aufkauf von Devisen. Dieser Aufkauf von Devisen ist aber auch nach meiner Überzeugung heute überhaupt nicht mehr möglich. Wir haben doch diesen Aufkauf von Devisen in einer Weise betrieben, die vielleicht nicht ganz glücklich war. Jedenfalls haben wir in dem Augenblick, als wir die Milliarden glaubten erfüllt zu haben, noch so erhebliche Devisenschulden hinterlassen, dass wir sehen, dass wir sie kaum abdecken können. Es laufen augenblicklich noch eine Anzahl von Krediten, die nicht abgedeckt sind. Unter diesen nicht abgedeckten Krediten ist ein Teil des Mendelssohn-Kredits, darunter ist ein Teil der Hacker-Kredite, darunter sind noch verschiedene andere Kredite. Dazu kommt das Clearing von 2 Millionen Pfund monatlich. Diese Beschaffung der Valuten ist schlechterdings nicht möglich. Wenn man sich also nicht auf den Standpunkt stellt: Im andern Fall werden wir gar nichts zahlen, werden wir eben den Weg beschreiten müssen, dass wir eine gewisse Inflation im Inland ertragen. Das habe ich schon hervorgehoben: Die Inflation, die wir im Inland ertragen werden, wird derart sein – ganz unabhängig von irgendwelchem Abkommen, das wir nach außen getroffen haben –, dass während der ersten 17 Monate bis zur Kündigung – um die handelt es sich – jedenfalls dadurch der innere Stand nicht erheblich geändert sein wird.

Es ist weiter darauf aufmerksam gemacht worden, dass ausländische Rohstoffe teilweise beschafft werden müssen für diejenigen Leistungen, die wir zu machen haben. Im allgemeinen wird man rechnen können, dass unsere deutschen Produkte mit etwa 40 bis 50 % ausländische Rohstoffe maximal belastet sind. Bei den Produkten, um die es sich in diesem

Fall handeln wird, wird der Prozentsatz meiner Überzeugung nach erheblich kleiner sein. Es ist aber zuzugeben, dass eine gewisse Belastung durch ausländische Rohstoffe erfolgt. Dieser Belastung steht die Tatsache gegenüber, dass wir bei einer größeren Produktion durch Verbesserung unserer Generalkosten durch stärkere Ausnützung unseres Gesamtbetriebes Ersparnisse erzielen. Wenn man nun davon ausgeht: Wir wollen auch diesen Gesamtbetrieb dadurch sparsamer machen, dass wir in stärkerem Maße ausführen, so habe ich schon darauf verwiesen, dass sich die Ausfuhr im Augenblick jedenfalls nicht in beliebigen Dimensionen steigern lässt, und so hängt von der Beurteilung der künftigen Konjunktur ab, ob man annimmt, dass in Zukunft die Ausfuhr beliebig steigerungsfähig sein wird.

Herrn Staatssekretär Dr. Müller möchte ich folgendes erwidern. Er hat darauf aufmerksam gemacht, er halte es nur dann für möglich, die Reparationen innerhalb irgendwelcher Grenzen zu bestreiten, wenn eine Umstellung unserer gesamten Wirtschaft erfolgt. Ich glaube, dass unsere Wirtschaft im Laufe von Generationen einer erheblichen grundsätzlichen Umstellung unterliegen wird. Ich habe aber schon vorhin gesagt, dass ich es für ausgeschlossen halte, in diesem Augenblick an ein weittragendes sozial-wirtschaftliches Projekt heranzutreten, das dem Volk im Augenblick nicht einleuchtet, und das, wenn man es anschneidet, nichts weiter herbeiführen wird als eine gewaltige Spaltung innerhalb des Volkes. Wir werden uns also mit anderen Mitteln behelfen müssen. Diese Mittel sind aber nicht ausgeschlossen. Ich will mich vor jedem Optimismus aufs äußerste hüten, aber ich möchte doch sagen, dass ich es meinerseits für möglich halte, unsere Produktion innerhalb gewisser Grenzen noch zu steigern. Bei den Industrien, denen ich nahe stehe, ist eine Steigerung noch möglich. Ich glaube aber, dass alles in allem unsere Produktion sich noch steigern lässt. Vorausgesetzt, dass eine Verwendung für diese Produktion möglich ist. Das wird immer wieder der Punkt sein, zu dem wir gedrängt werden. Ich hoffe, dass es möglich sein wird, mehr Produkte ins Ausland zu bringen. Das hängt von der gesamten Weltkonjunktur ab, die ich als außerordentlich düster ansehe. Aber gerade die Abmachungen, die wir getroffen haben, geben uns die Möglichkeit, mehr Produkte im Ausland unterzubringen. Die Ausfuhr selbst zu steigern und dann Devisen zu beschaffen. – Ja, darüber habe ich Ihnen kritisch ein Reihe von Mitteilungen gemacht. Ich halte die Möglichkeit nicht für gegeben. Ich sehe nicht, dass die Devisen hereinkommen. Ich halte es aber trotzdem für möglich, dass wir allmählich zu einer Steigerung kommen.

Die Frage der 26 Prozent ist von zwei Herren angeschnitten worden, und ich möchte sie dahin beantworten: Sie hat weder mit diesem Abkommen noch mit irgendeiner Abmachung zwischen Nationen zu tun, sondern sie ist ein Problem, das bei der Reparationskommission grundsätzlich schwebt. Wir haben die Auffassungen der Reparationskommission durch unsere Regierung grundsätzlich vertreten, dass wir auf Ausfuhren die 26 Prozent nicht zu leisten haben, dementsprechend noch weniger auf Ausfuhrleistungen, die zu Reparationszwecken dienen. Die Entente hat demgegenüber – genau in den Argumenten, die bei uns im Inland gangbar sind – erwidert: ‚Ja, wenn ihr die Waren auf den freien Markt exportiert, habt ihr ja auch die 26 Prozent zu leisten, infolgedessen habt ihr sie auch zu leisten auf die Produkte, die auf uns zukommen‘ (Zuruf: Devisen!) Ich halte dieses Argument für unzulässig. Es hängt davon ab, auf welche Weise wir mit der Reparationskommission vorwärts kommen.

Die Schwierigkeit einer Verhandlung mit der Reparationskommission ist groß, weil ihr keine große Initiative innewohnt. Die Herren sind auf dem Wege hierher und sollen heute abend oder morgen hier sein. Ich nehme an, dass dabei einmal die ganze Reihe von Fragen aufgerollt wird; ich habe aber wenig Hoffnung, dass bei dem gegenwärtigen Besuche der Reparationskommission irgend etwas Endgültiges zustande kommt. Ich halte es für sehr unwahrscheinlich, dass überhaupt in sehr kurzer Zeit endgültige Veränderungen unserer Abmachungen erfolgen werden. Ich warne auch vor jedem Optimismus hinsichtlich der amerikanischen Verhandlungen in Washington⁹. Ich warne davor zu glauben, dass Washington in irgendeiner Weise sehr rasch für uns günstige Beschlüsse bringen wird. Ich glaube das nicht. Aber die Frage wird vor der Reparationskommission behandelt werden, sie wird schweben, und davon bin ich überzeugt, wie wir es alle sind, dass Leistungen, die nicht erfüllbar sind, auch nicht erfüllt werden. Darin hilft die Natur sich eben einfach selbst. Es werden also schließlich doch Abmachungen getroffen werden müssen, sei es, dass sie Stundungen heißen, sei es, dass sie anders heißen, die irgendwie immer wieder bis zum Charakter des Tragbaren kommen. Die entgegengesetzte Auffassung der katastrophalen Lösung habe ich hier charakterisiert. Ich halte es durchaus für denkbar, dass sie kommt. Kommen katastrophale Lösungen, und sind sie unvermeidlich, so werden wir sie entweder tragen oder daran zugrunde gehen. Aber ich halte es für grund-

9 Bankierskonferenz in Washington.

sätzlich falsch, unsererseits auf katastrophale Lösungen hinzuarbeiten. Ich warne ganz entschieden vor derjenigen Stimmung, die sich eines Teiles unsere Landes bemächtigt hat und die – wissentlich oder nicht wissentlich – auf solche katastrophalen Lösungen hinarbeitet. Ich fürchte, dass dann allerdings die katastrophalen Lösungen kommen werden. Wie sie aussehen werden, das überlasse ich jedem sich vorzustellen. Ich bin aber der Meinung: wir haben unsererseits alles zu tun, was zu einer entgegengesetzten Politik führt. Wie weit wir damit kommen, bleibt dahingestellt.

Zu Artikel 234 des Versailler Vertrages: Nach unserer Auffassung ist Artikel 234 nicht aufgehoben, und es wird sich schließlich auch wieder darum handeln, was darüber die Beschlüsse sei es des Obersten Rates, sei es der Reparationskommission, sein werden. Aber selbst, wenn die französische Absicht – die, glaube ich, sonst nicht geteilt wird – darin durchdringen sollte, so bleibt immer noch die Tatsache, dass auch im Londoner Ultimatum die Möglichkeit gegeben ist, anderweite Vorschläge anstelle des Index von 26 Prozent zu machen, und dieser Index von 26 Prozent bedeutet ja tatsächlich den größeren und gefährlicheren Teil unserer Leistung. Also ich glaube, es handelt sich nicht so sehr um die Ausdeutung von Buchstaben, sondern in Wirklichkeit wird die geschichtliche Entwicklung den Weg der Notwendigkeiten und nicht der Buchstaben gehen. Ich glaube nicht, dass man sich irgendwelchen Interpretationshoffnungen hingeben sollte, die einen Optimismus voraussetzen.

Es ist dann noch über mich persönlich gesprochen und gesagt worden, dass es als Unrecht empfunden werde, wenn ich die Arbeit verlasse, an der ich mich fünf Monate lang betätigt habe. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob wirklich eine Parteidisziplin so stark wäre, dass sie mich bestimmen könnte, mich ihren Gesetzen zu fügen. Ich habe darauf zu antworten: Es ist tatsächlich so, ich habe mich dieser Parteidisziplin gefügt. Ich hätte es vielleicht nicht in diesem Umfange getan, wenn ich nicht geglaubt hätte, dass inzwischen auch gewisse Stimmungswechsel in der deutschen Industrie entstanden sind, die ich für gefährlich halte. Derjenige, der heute ein Ministerium führt, muss sich auf irgend etwas stützen können: entweder auf eine starke Partei oder auf eine starke Erwerbsgruppe, am besten auf beides. Wenn er sich auf eine Erwerbsgruppe nicht mehr stützen kann, so muss er sich auf eine Partei stützen; wenn er sich auf eine Partei nicht mehr stützen kann, so muss er sich auf eine Erwerbsgruppe stützen. Aber es geht nicht, dass er weiter arbeitet, wenn er beides verliert.

Nun kann man ja den Gedanken ventilieren, dass es Minister ohne Portefeuille gibt, und dass es auch Minister gibt, die vollkommen unpolitisch in der Luft schweben, wie Phönix, der bekanntlich keine Füße haben soll. (Heiterkeit.) Ich bin der Meinung, das ist theoretische Politik. Ich habe nie etwas von Ministern ohne Portefeuille gehalten. Ich bin der Meinung, dass ein Mann, der nur in der Regierung sitzt und nichts hinter sich hat und nichts vertritt, keinen Einfluss hat, und ebenso bin ich der Meinung, dass ein Minister, der nichts hinter sich hat, eben nichts weiter ist als ein Minister mit halbem Portefeuille. Er ist ein Minister, der nichts vertritt und infolgedessen über lang oder kurz in die Lage kommt, dass man über seine Vorschläge hinweggeht. Wer in unserer jungen Demokratie etwas Praktisches wirken will, muss etwas hinter sich haben. Hat er beides nicht mehr hinter sich, weder Berufsstand noch Partei, so kann er nicht mehr arbeiten, und da ich fühlte, dass innerhalb der Berufsstände die Widerstände wachsen, so war ich umso stärker auf die Partei angewiesen, und als nun die Partei mir erklärte, dass sie den Rücktritt verlange, so war ich zufrieden, dass es noch gelungen ist, Gessler¹⁰ im Ministerium zu halten. Das war mein Vorschlag. Ich hatte darum gebeten. Es ist mir bewilligt worden. Dann aber musste ich die Konsequenz meinerseits ziehen und mich entfernen. Das habe ich getan, und bei diesem Beschlusse bin ich geblieben.

Ich habe hier Dinge berührt, die den Reichswirtschaftsrat nicht betreffen. Ich habe das getan aus meinem kollegialen Empfinden heraus, das mich zwingt, Ihnen reinen Wein einzuschenken, wenn Sie eine persönliche Frage an mich richten. Im übrigen aber bin ich der Meinung, dass hier nicht der Ort zu solchen Diskussionen ist.“

10 Otto Gessler, Reichswehrminister im Kabinett Wirth.

Walther-Rathenau-Stift GGmbH Bad Freienwalde

FREIENWALDER HEFTE

Herausgegeben von
Martin Sabrow und Reinhard Schmook
ISSN 1438-0277

Bisher erschienen:

- Heft 1: *Dieter Heimböckel*
Walther Rathenau – Schriftsteller im Zwielficht der Literatur
1999, ISBN 3-931982-10-6, 31 Seiten, Broschur, 7,50 Euro
- Heft 2: *Hermann von der Dunk*
Walther Rathenau (1867-1922).
Ein Leben zwischen Anpassung und Kritik
1999, ISBN 3-931982-12-2, 39 Seiten, Broschur, 7,50 Euro
- Heft 3: *Martin Sabrow*
Walther Rathenau und Maximilian Harden.
Facetten einer intellektuellen Freund-Feindschaft
2000, ISBN 3-931982-17-3, 27 Seiten, Broschur, 7,50 Euro
- Heft 4: *Martin Sabrow*
Walther Rathenau als Zukunftshistoriker
2000, ISBN 3-931982-19-X, 26 Seiten, Broschur, 7,50 Euro
- Heft 5: *Edzard Reuter*
Von vergangenen Dingen?
Zu den Gegenwartseinflüssen des wirtschaftsethischen
Denkens von Walther Rathenau
2001, ISBN 3-931982-25-4, 17 Seiten, Broschur, 7,50 Euro
- Heft 6: Das Wiesbadener Abkommen.
Rede von Walther Rathenau am 9. November 1921.
Mit einem einführenden Kommentar von *Ursula Mader*
2003, ISBN 3-931982-30-0, 51 Seiten, Broschur, 7,50 Euro

– weitere Hefte in Vorbereitung –

